

**Frank Deppe/
Jörg Huffschild/
Klaus-Peter Weiner (Hrsg.)**

1992 –

PROJEKT EUROPA

**Politik und Ökonomie in
der Europäischen Gemeinschaft**

PAHL-RUGENSTEIN

Kleine Bibliothek

542

Politik und Zeitgeschichte

*Frank Deppe/
Jörg Huffschmid/
Klaus-Peter Weiner (Hrsg.)*

1992 – Projekt Europa

Politik und Ökonomie
in der Europäischen Gemeinschaft

Pahl-Rugenstein

© 1989 by Pahl-Rugenstein Verlag GmbH
Alle Rechte vorbehalten
Umschlag: Reihenkonzert PRV, Hanne Seinsorth
Satz: Fotosatz Klaußner GmbH, Köln
Druck: Druckerei Locher GmbH, Köln

CIP-Kurztitelaufnahme der Deutschen Bibliothek

1992 [Neunzehnhundertzweiundneunzig] – Projekt Europa : Politik und
Ökonomie in der europäischen Gemeinschaft / Frank Deppe . . . (Hrsg.). –
Pahl-Rugenstein, 1989
(Kleine Bibliothek ; 542 : Politik und Zeitgeschichte)
ISBN 3-7609-1307-5

NE: Deppe, Frank [Hrsg.]

Inhalt

Vorwort der Herausgeber	7
-------------------------------	---

Entwicklung der westeuropäischen Integration 1945–1989

<i>Albert Statz</i>	13
---------------------------	----

Binnenmarkt als Kernprojekt

Das Binnenmarktprojekt '92 – Hintergründe und Stoßrichtung	39
---	----

Jörg Huffschmid

Auf dem Weg zu einer westeuropäischen Ökonomie? Unternehmenskonzentration und Binnenmarkt	61
--	----

Jörg Goldberg

Gewerkschaftsbewegung und Binnenmarkt	83
---	----

Klaus Peter Weiner

Politikbereiche

Währungspolitik in der EG	110
---------------------------------	-----

Uwe Meinhart

Die Technologiepolitik in der EG	129
--	-----

Jörg Stremmel

Europa – Eine Chance für Frauen?	148
--	-----

Annette Eimermacher

Umwelt und freier Binnenmarkt – der Umweltkollaps kommt nicht von selbst	165
---	-----

Christian Hey

Außen- und Sicherheitspolitik

Die Europäische Politische Zusammenarbeit	181
<i>Heinz-Jürgen Axt</i>	
EG und Dritte Welt	204
<i>Rainer Falk</i>	
Westeuropäisierung der Sicherheitspolitik	225
<i>Volker Böge</i>	

Soziale Bewegungen und Alternativen

Alter und neuer Internationalismus	
Einige Überlegungen zum Zusammenhang von	
Integrationsdynamik und linker Politik in Europa . .	249
<i>Frank Deppe</i>	

Vorwort

»Europa 1992« – Neuer Integrationsschub und Magie der Zahl

Die Zahl »1992« übt eine nahezu magische Kraft auf Politik und Wirtschaft aus. Sie steht für den Zeithorizont, in dem die Vollendung des Binnenmarktes im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft erreicht werden soll. »1992« beinhaltet ökonomisch die Perspektive eines einheitlichen Marktes mit einem Bruttoinlandsprodukt von fast 8 Billionen DM und einem Verbrauchermarkt von über 320 Millionen Menschen sowie das Versprechen auf hohe Zuwachsraten bei Konsum, Produktion, bei Investitionen und Gewinnen, Löhnen und Beschäftigung. Politisch gesehen, enthält »1992« den Anspruch, als »Europäische Union« eine größere Rolle in der Weltpolitik zu spielen. Diese Perspektiven haben eine Aufbruchsstimmung hervorgerufen – und die noch vor wenigen Jahren die Diskussionen prägenden Schlagwörter wie »Europessimismus« und »Eurosklerose« weitgehend verdrängt. Diesem Stimmungsumschwung liegt ein Vertragswerk zugrunde: die 1987 ratifizierte »Einheitliche Europäische Akte« (EEA).¹ In der EEA – der ersten umfassenden Ergänzung und Erweiterung der EG-Verträge – haben die EG-Staaten ein umfangreiches Reformbündel beschlossen. Die Akte enthält die Verpflichtung zur Vollendung des Binnenmarktes bis 1992, zur Annäherung der Wirtschafts- und Währungspolitik, zur Vergrößerung der wirtschaftlichen und sozialen Konvergenz sowie Festlegungen zur Ausweitung der Gemeinschaftspolitiken auf Politikfelder wie Technologie und Umwelt. Die EEA schreibt erstmalig die seit 1970 praktizierte Zusammenarbeit der EG-Staaten in der Außen- und Sicherheitspolitik in vertraglicher Form fest und versucht mit dem Bekenntnis zur Errichtung einer »Europäischen Union« dem Integrationsprozeß eine politische Zielperspektive zu geben.

Hinter der EEA steht eine langjährige, Anfang der achtziger Jahre einsetzende und von Rückschlägen begleitete Reformdis-

kussion. Die Springprozeßion von Initiativen, Berichten und Erklärungen begann 1981 mit dem bundesdeutsch-italienischen Vorschlag für eine »Europäische Akte« zur Vitalisierung der politischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Sie setzte sich in der politisch folgenlosen, aber »Feierlichen Erklärung zur Europäischen Union« von 1983 und in dem 1984 vom Europäischen Parlament vorgelegten und in den Ausschüssen der nationalen Parlamente abgelegten »Entwurf zur Gründung der Europäischen Union« fort. Noch der der EEA zugrunde liegende Dooge-Bericht von 1985 mit der Forderung nach einer »politischen Einheit« hält in 36 Fußnoten die nationalen Einwände und Vorbehalte gegen weitergehende Integrationsschritte fest. Dieser widersprüchliche Verlauf der Reformdiskussion, in dem Notwendigkeiten und Möglichkeiten des Integrationsprozesses mit den nationalen politischen und ökonomischen Profilen, Orientierungen und Interessen der Mitgliedstaaten austariert werden mußten, hat sich auch in der EEA niedergeschlagen. Die EEA verzichtet auf einen groß angelegten Umbau der EG oder eine radikale Neukonstruktion. Von einem großen Entwurf, gar von einem »großen Sprung« läßt sich kaum sprechen. Das Reformpaket kennt Schutzklauseln und Ausnahmemöglichkeiten, läßt nationale Lösungen zu und schreibt für viele Fragen, die einzelnen Staaten wichtig sind, Einstimmigkeit vor.

Die Reformdiskussion wurde von tiefer Skepsis begleitet. In der Vergangenheit waren einige hochgesteckte Ziele – Europäische Verteidigungsgemeinschaft und Europäische Politische Gemeinschaft in den fünfziger, Fouchet-Pläne und Supranationalitätskonzeption in den sechziger und Wirtschafts- und Währungsunion in den siebziger Jahren – gescheitert. Wie sollten die ökonomischen und politischen Herausforderungen der achtziger Jahre bewältigt werden? Das »Europa der zweiten Generation« sah sich der Tatsache gegenüber, daß weder die Eigendynamik eines von dem wirtschaftlichen auf den politischen Bereich übergreifenden »spill overs« noch die machtpolitische Entscheidung von Regierungen dem Vergemeinschaftungsprozeß eine Kontinuität verleihen konnten. Vielmehr ließ die »Unfähigkeit, jahrelang diskutierte und längst überfällige Korrektu-

ren durchzusetzen, die Idee einer Europäischen Union eher zum Schreckbild werden.«² Beklagt wurde, daß, während die »Gründerväter« die Gemeinschaft nicht nur als wirtschaftliche, sondern auch als starke politische Kraft projiziert hätten, nun die »Buchhalter und Krämer« ohne zukunftsweisende politische Vision regierten. Die EG, so die ernüchternde Erkenntnis, sei von dem »Kurs auf immer mehr Einheit« abgekommen.³

Das bisherige Scheitern hochgesteckter Ziele verweist auf die innere Krisenhaftigkeit des Integrationsprozesses, der sich offensichtlich nicht als lineare und selbst tragende Entwicklung der Vergemeinschaftung auf der Basis von wachsenden »Gemeinschaftsinteressen« entwickelt. Da Erfolg und Mißerfolg der Integration durch die ungleichmäßige ökonomische und politische Entwicklung zwischen Mitgliedstaaten und den darauf beruhenden nationalen Konkurrenzverhältnissen beeinflußt werden, bleiben Rückschläge in den Prozeß »Gemeinschaftsbildung« eingeschlossen. Integrationskrisen, die zu Stagnation und Erosion führen, sind mithin »Bestandteil der Struktur und des inneren Entwicklungsmechanismus des kapitalistischen Integrationsprozesses.«⁴ Die Überwindung von integrationspolitischen Stagnationsphasen und Fortschritte im Integrationsprozeß verlangen als Triebkräfte eine besondere, jeweils konkret historische Konfiguration von Problem- und Interessenlagen.

Die Analyse der Ursachen des neuen Integrationsschubs zeigt, daß ihm eine komplexe Grundstruktur von äußeren und inneren, von ökonomischen und politischen Problemen, Triebkräften und Motiven zugrundeliegt. Das Ende der langen Nachkriegsprosperität, der weltwirtschaftliche Strukturwandel und der technologische Umbruch, der gewachsene Grad der Internationalisierung von Austausch und Produktion sowie die verschärfte Weltmarktkonkurrenz, die fortschreitende Erosion der hegemonialen Stellung der USA und der Übergang zu einer multipolar geprägten Welt haben jene Konstellation geschaffen, die Fortschritte im westeuropäischen Integrationsprozeß notwendig macht und ermöglicht. Die Realisierung des neuen Integrationsschubs soll die EG, bisher durch die Agrar- und Handelspolitik geprägt, in eine international wettbewerbsfähige In-

dustriegemeinschaft von zwölf westeuropäischen Staaten transformieren und diese weltmarktorientierte Wirtschaftsgemeinschaft um eine international ausgerichtete politische Gemeinschaft ergänzen. Die EEA markierte so das Ende einer Phase der Stagnation des westeuropäischen Integrationsprozesses und den Beginn einer Phase, in der die »europäische Dimension« einen größeren Stellenwert in der nationalen wie internationalen Politik einnimmt. Weit von den »Vereinigten Staaten von Europa« entfernt, wird die – auch nur teilweise – Umsetzung dieser insgesamt keineswegs neuen Integrationsziele das Antlitz der EG in den nächsten Jahren stark verändern.

Die in diesem Band enthaltenen Beiträge geben einen kritisch-einführenden Überblick über den Stand und die Perspektiven des westeuropäischen Integrationsprozesses. Die Beiträge unternehmen zugleich den Versuch, die neuen ökonomischen und politischen Entwicklungstendenzen im Kontext des »Projekts '92« und in wichtigen Politikfeldern der EG zu analysieren, darzustellen und zu interpretieren. Der einleitende Beitrag von Albert Statz zeichnet die Entwicklung der westeuropäischen Integration von 1945 bis heute nach und analysiert die ihr zugrundeliegenden Determinanten und Bewegungsformen. In aufgezeigten Differenzierungsprozessen wird nach möglichen Alternativen zu den herrschenden integrationspolitischen Leitbildern und Strategien gesucht. Den Fragen nach Ursachen und Konsequenzen des Binnenmarktprojekts gehen die folgenden Beiträge nach. Jörg Huffs Schmid entfaltet die Hintergründe und Motive der Binnenmarktintegration aus den kapitalistischen Krisenprozessen und entwickelt die These, daß der neue Integrationsschub Teil einer relativ erfolgreichen Revitalisierung und Restrukturierung des kapitalistischen Gesamtsystems sei. Perspektiven fortschrittlicher Politik dürfen sich daher nicht auf die Vollendung des Binnenmarktes verengen. Der Beitrag von Jörg Goldberg untersucht in der Auseinandersetzung mit marxistischen Interpretationsmustern und anhand der Konzentrationsprozesse und Kapitalstrategien das Verhältnis von Nationalökonomien und Internationalisierungsprozessen im Rahmen der EG. Der »sozialen Dimension« des Binnenmarktes

und den neuen Rahmenbedingungen, denen sich die Westeuropäischen Gewerkschaftsbewegungen gegenüber sehen, geht der Beitrag von Klaus-Peter Weiner nach.

Die nachfolgenden vier Beiträge setzen sich mit den Entwicklungen und ihrer Verschränkung mit der nationalstaatlichen Ebene in zentralen Politikfeldern der EG auseinander, die mit der Binnenmarktintegration einen neuen Stellenwert erhalten. Uwe Meinhardt diskutiert die Optionen der gemeinschaftlichen Währungspolitik der EG-Staaten im EWS. Jörg Stremmel untersucht die Forschungs- und Technologiepolitik der EG und bewertet ihre Auswirkungen auf die Beschäftigungssituation. Die Probleme, Perspektiven und Möglichkeiten der Frauenpolitik der EG und ihre Umsetzung in den Mitgliedstaaten werden von Annette Eimermacher dargestellt. Der Beitrag von Christian Hey leuchtet die ökologischen Konsequenzen des Binnenmarktprojekts und die Umweltpolitik der EG aus.

Die Beiträge von Heinz-Jürgen Axt, Rainer Falk und Volker Böge thematisieren die außen- und sicherheitspolitische Dimension der westeuropäischen Integration. Heinz-Jürgen Axt analysiert die außenpolitische Kooperation der EG-Staaten in der Europäischen Politischen Zusammenarbeit und bestimmt das Verhältnis von nationaler und gemeinschaftlicher Politik. Der Beitrag von Rainer Falk stellt die Frage nach den Beziehungen der EG zur Dritten Welt und untersucht die den interregionalen Abkommen und Kontakten jeweils zugrundeliegenden ökonomischen und politischen Motivstrukturen. Volker Böge geht den Interessen und Formierungsprozessen in der »Westeuropäisierung« der Sicherheitspolitik und ihren blockbildenden Tendenzen nach.

Im abschließenden Beitrag von Frank Deppe wird das Verhältnis von altem und neuen Internationalismus diskutiert. Es geht dabei vor allem um die Frage nach Inhalten und Formen einer »europäischen Politik« der Linken.

Die Beiträge des Bandes verdeutlichen, daß eine auf eine demokratische, soziale, ökologische, emanzipatorische und friedliche Vergesellschaftung gerichtete Politik die existierenden Strukturen der westeuropäischen Integration nicht ignorieren

kann. Die Formulierung von Alternativen und ihre Konkretisierung setzen jedoch das Verständnis der dem westeuropäischen Integrationsprozeß zugrundeliegenden Motive, Interessen und Triebkräfte voraus. Der Band will dazu beitragen.

Die Herausgeber

Anmerkungen

1. Vgl. Bulletin der EG, Beilage 1/1986.
2. Senghaas, Dieter, Die Zukunft Europas. Probleme der Friedensgestaltung, Frankfurt 1986, S. 96.
3. Weidenfeld, Werner, 30 Jahre EG. Bilanz der Europäischen Integration, Bonn 1987, S. 33.
4. Axt, Heinz-Jürgen/Deppe, Frank, Europaparlament und EG-Erweiterung. Krise oder Fortschritt der Integration?, Köln 1978, S. 12.

Frank Deppe

Alter und neuer Internationalismus

Einige Überlegungen zum Zusammenhang von Integrationsdynamik und linker Politik in Europa

»Aber der den großen Sprung machen will, muß einige Schritte zurückgehen. Das Heute geht gespeist durch das Gestern in das Morgen. Die Geschichte macht vielleicht einen reinen Tisch, aber sie scheut den leeren.«

Bertolt Brecht

1.

Im Jahre 1915 – mitten im Ersten Weltkrieg – schrieb W. I. Lenin einen Artikel »Über die Losung der Vereinigten Staaten von Europa«. Seine zentrale These ist in der marxistischen Integrationsliteratur – noch in den 50er und 60er Jahren – oftmals rekapituliert worden: unter kapitalistischen Verhältnissen ist ein europäischer Staatenbund »entweder unmöglich oder reaktionär«. Zeitweilige Abkommen zwischen den imperialistischen Mächten zerbrechen notwendig unter dem Druck von Wirtschaftskrisen. Der Krieg als Mittel zur Durchsetzung imperialistischer Interessen sprengt stets von neuem solche internationalen Abkommen. Eine gewisse Stabilität könnten solche Bündnisse zwischen imperialistischen Staaten erlangen, wenn ihr Zweck darauf gerichtet ist, gemeinsam den Sozialismus bzw. die Gefahr der sozialistischen Revolution zu bekämpfen und/oder die Interessen der europäischen Imperialisten gegen den im Westen aufkommenden ökonomischen und politischen Rivalen, die USA, zu bündeln.

Lenin reagierte mit diesem Artikel auf Diskussionen in der europäischen Arbeiterbewegung seiner Zeit, die mit dem Be-

ginn des Ersten Weltkrieges den Gedanken eines europäischen Staatenbundes – als Konzept einer europäischen Friedensordnung, gleichsam als Utopie gegen die Realität des Krieges – aufgriffen. Zugleich argumentierte er in diesem Artikel auch gegen die Position von Leo Trotzki, der den Föderationsgedanken mit der Perspektive der sozialistischen Revolution in Europa verknüpfte.¹ In diesem Zusammenhang wird freilich auch verständlich, daß Lenin – was später kaum noch zur Kenntnis genommen wurde – sich am Anfang dieses Artikels gegen die Auffassung wendet, die Losung »Vereinigte Staaten von Europa« sei *politisch* reaktionär; denn: »politische Umgestaltungen in wahrhaft demokratischer Richtung . . . können keinesfalls und niemals . . . die Losung der sozialistischen Revolution verdunkeln oder abschwächen«. Daher sei »die Losung der republikanischen Vereinigten Staaten von Europa . . . im Zusammenhang mit dem revolutionären Sturz der drei reaktionärsten Monarchien Europas, an ihrer Spitze der russischen, völlig unanfechtbar als politische Losung«. ²

2.

Lenin unterschied also zwischen der politischen Losung auf der einen und ihrem »ökonomischen Inhalt« auf der anderen Seite. Für die sozialistische Arbeiterbewegung erschien ihm diese Losung nicht reaktionär, sondern illusionär. In der Epoche des Imperialismus bildet die ungleichmäßige Entwicklung der kapitalistischen Staaten die materielle Basis nicht nur ihrer Konkurrenz auf dem Weltmarkt (verbunden mit dem politischen »Griff nach der Weltmacht«). Zugleich vollzieht sich mit der Herausbildung des Monopolkapitals, das auf den Weltmarkt drängt, ein innen- und außenpolitischer Machtzuwachs des Nationalstaates, wie er etwa seit Beginn des Jahrhunderts in den Aufrüstungsprogrammen, den Konflikten um territoriale Ansprüche in den kolonialen Räumen, schließlich in der Vorbereitung des Krieges und im Übergang zur offenen militärischen Auseinandersetzung zwischen den imperialistischen Mächten zum Ausdruck

kam. Die politische Form – und zugleich »Friktion« – der Internationalisierung kapitalistischer Produktionsverhältnisse konnte nur der imperialistische Macht- und Nationalstaat sein. Dessen soziale und politische Träger waren zugleich darum bemüht, die Massenwirksamkeit nationalistischer und chauvinistischer Ideologien – vor allem auch in der Arbeiterklasse – sicherzustellen. Diese Erkenntnis wurde nicht nur für Lenin, sondern auch für andere Imperialismustheorien seiner Zeit (Hilferding, Rosa Luxemburg, Bucharin) zum Bezugspunkt für die Kritik der verschiedenen, frühen Europa-Konzeptionen, die entweder offen vom Modell einer imperialistischen Hegemonialmacht³ ausgingen oder die Utopie einer friedensbewahrenden Föderation europäischer Staaten entwarfen.

Der Internationalismus, der den Wolfsgesetzen der internationalen, imperialistischen Konkurrenz (unter Einschluß der Ausbeutung und Unterdrückung der Kolonien und Halbkolonien) endgültig ein Ende zu bereiten vermochte, konnte in dieser Perspektive überhaupt nicht von kapitalistischen Staaten (als den Subjekten der internationalen Politik), sondern nur von der Arbeiterklasse ausgehen, die – wie Marx und Engels schon im »Manifest« (1848) hervorgehoben hatten – nicht nur der Antagonist der Bourgeoisie, sondern auch des bürgerlichen Nationalstaates ist. Die Kommunisten sollen sich gerade dadurch auszeichnen, daß sie »... in den verschiedenen nationalen Kämpfen der Proletarier die gemeinsamen, von der Nationalität unabhängigen Interessen des gesamten Proletariats hervorheben und zur Geltung bringen. . .« Wie immer noch die Form des Klassenkampfes national bestimmt bleibt, so ist er doch seinem Inhalt nach international« (MEW 4, S. 473/4). Auf diese Grundposition baute sich die Konstruktion der internationalen Zusammenschlüsse der Arbeiterbewegung – seit der Gründung der IAA im Jahre 1884 auf.⁴

3.

Hier ist nicht der Ort, die dramatische Geschichte dieser Internationalen, ihrer Spaltungen und Neugründungen, aber auch

ihrer Ohnmacht und ihres geschichtlichen Versagens (z. B. im August 1914) zu rekapitulieren. Dennoch muß diese Geschichte – trotz der zahlreichen »Lichtblicke«, die sie vermittelt – in letzter Instanz als die praktische Falsifikation aller schematischen und simplifizierenden Vorstellungen von der wachsenden Kraft des »proletarischen Internationalismus« gelesen werden. Mit der Herstellung des Weltmarktes durch das Kapital hat sich eben kein »Weltproletariat« als soziales und politisches Subjekt des Kampfes für die »Weltrevolution« herausgebildet. Und auch die Modifikation dieser Tendenz, die auf die ungleichmäßige und ungleichzeitige Entwicklung der kapitalistischen Nationen und folglich auch des politischen Handlungspotentials der Arbeiterbewegungen dieser Nationen bezogen war, degenerierte schließlich zu jener Form des proletarischen Internationalismus der III., der kommunistischen Internationale (KI), der durch die »führende Rolle« der Sowjetunion und der KPdSU, d. h. durch eine eindeutig hegemoniale Struktur, institutionalisiert wurde. Daß gerade in der Sowjetunion der 80er Jahre die Nationalitätenkonflikte zur schärfsten Bedrohung der Politik der Perestroika, ja des Bestandes der Sowjetunion überhaupt geworden sind, muß daher nicht nur als ein Scheitern der Nationalitätenpolitik⁵, sondern vor allem als eine gründliche Desavouierung des von der KPdSU jahrzehntelang in der kommunistischen Weltbewegung autoritativ vertretenen Konzeptes des »proletarischen Internationalismus« verstanden werden, deren äußere Form seit den 60er Jahren den Zerfall dieser Weltbewegung bildet.⁶

Selbstverständlich gibt es in dieser Geschichte immer wieder beeindruckende Zeugnisse für die internationale Solidarität der Linken – vom Kampf gegen Krieg und Faschismus über die verschiedenen Formen der weltweiten Unterstützung der antikolonialen und antiimperialistischen Befreiungsbewegungen. Dennoch haben sich die Formen dieser internationalen Solidarität – zumal in der neueren Zeit – differenziert. In den westlichen Metropolen haben linke Intellektuelle und Organisationen zunehmend gegen die Unterdrückung demokratischer Reformen in sozialistischen Ländern (vom »Prager Frühling« 1968 bis hin

zur gewaltsamen Unterdrückung der polnischen Solidarnocz in den Jahren 1980/81), gegen die Verhaftung von kritischen Intellektuellen in diesen Ländern oder auch – wie jüngst in der Volksrepublik China – gegen die militärische Repression der Pekinger Studentenbewegung protestiert.

Allen diesen Formen ist freilich gemein, daß sie nicht dem Schema jenes proletarischen Internationalismus folgen, wie er noch von den »Klassikern« entworfen worden war, und der stets auf das Handlungsobjekt »Weltproletariat« bezogen war. Es handelt sich dabei in der Regel nicht um die Artikulation eines transnationalen bzw. internationalen politischen Handlungstyps (wo selbstverständlich auch hier außergewöhnliche Ausnahmen – wie z. B. die »internationalen Brigaden« im spanischen Bürgerkrieg nach 1936 – nicht vergessen werden dürfen), sondern um die gemeinsame Artikulation von – moralischer und materieller – Solidarität, die stets eingebettet bleibt in die je nationalen politischen Kulturen. Dabei werden sie wesentlich von den innenpolitischen Auseinandersetzungen zwischen der Linken und dem Kapital und rechten Regierungen (die z. B. vom Apartheid-Rassismus profitieren und sich weigern, wirtschaftliche Boykottmaßnahmen zu unterstützen) bestimmt. Solche Konstellationen bringen natürlich auch neue Formen der transnationalen politischen Kommunikation hervor (denken wir z. B. an den »Revolutionstourismus«). Dennoch hat sich diese Grundstruktur nicht wesentlich verändert. Der »alte Internationalismus« blieb in der Regel eingebunden in eine Wahrnehmung internationaler Politik, bei der der Bezug zu den internationalen und globalen Formationen des Klassenkampfes durch die je spezifischen nationalen Ausprägungen der Kräfteverhältnisse der Klassen, also durch eine auf den Nationalstaat bezogene Politik bestimmend blieb.

4.

Diese Grundstruktur, die den »alten Internationalismus« charakterisierte, blieb auch für die Einstellung der – am Marxismus-Leninismus orientierten – Linken zur westeuropäischen

Integration bestimmend. Die politischen Optionen, die von den Strukturen und Konflikten der Nachkriegsordnung gefordert wurden, waren durch Konfliktformationen geprägt, bei denen die »Europapolitik« allenfalls eine sekundäre bzw. subalterne Rolle spielen konnte. Auf dem Felde der internationalen Politik bildeten einerseits die Herausbildung der bipolaren Struktur des Ost-West-Gegensatzes, andererseits der Zusammenbruch des Kolonialsystems (der namentlich die alten europäischen Kolonialmächte: England, Frankreich, Belgien, die Niederlande, zuletzt Portugal in militärische Abenteuer verwickelte und so auch ihre innere sozialökonomische und politische Stabilität unterminierte) die beiden Hauptachsen internationaler Politik. Im Bereich der Innenpolitik wurde die Linke – seit den späten 40er Jahren – mit dem Scheitern sozialistischer und demokratischer Reformprogramme und mit der Herausbildung eines Typus konservativer Hegemonie konfrontiert, der – eingebaut in das westliche, von den USA dominierte, ökonomische und politisch-militärische Bündnissystem – bis in die späten 60er Jahre weitgehend stabil blieb.

Die Mehrheit der Linksintellektuellen blieb gegenüber der europäischen Idee und Politik in dieser Periode, in die die Gründerphase der EWG fällt, auf Distanz.⁷ Sie engagierten sich in den 50er Jahren in der – gegen die USA und die NATO gerichteten – Friedens- und Antiatombewegung. Zugleich solidarisierten sie sich mit den Opfern des Kolonialismus und der faschistischen Regimes (vor allem in Spanien und Portugal). Außerdem vereinte die westeuropäische Linke ein tiefes Mißtrauen bzw. die Angst vor dem Wiedererstarken des westdeutschen Imperialismus, der schon in den späten 50er Jahren wiederum zur führenden Wirtschaftsmacht Westeuropas aufgestiegen war.

Die EWG, die durch die Römischen Verträge (1958) geschaffen war, konnte dabei nicht als eine progressive Alternative erscheinen. Der Primat der Kapitalinteressen an der Herstellung des gemeinsamen Marktes, die technokratische Einstellung der »Eurokraten« (von Jean Monnet bis Walter Hallstein), die konservativ-katholische Grundhaltung der führenden Europa-Politiker (de Gaspari, Adenauer, Maurice Schumann u. a.) und

schließlich die hegemoniale »Überdetermination« des EWG-Projekts durch die USA (durch den Dollar als Weltgeld ebenso wie durch die NATO) – alle diese Determinanten der westeuropäischen Integration in ihrer Gründerphase mußten diese als ein reaktionäres Projekt qualifizieren, so daß auch die linken Traditionen in der föderalistischen Bewegung, die noch in den europäischen Widerstandsbewegungen gegen den Faschismus eine bedeutende Rolle gespielt hatten⁸, in Vergessenheit gerieten. Die Integrationskrisen der 60er Jahre – zum Beispiel um das englische Beitrittsgesuch oder um die Effektivierung des supranationalen Entscheidungsmechanismus (1965/66) – wurden daher als Konflikte interpretiert, die in letzter Instanz in der ungleichmäßigen Entwicklung der führenden kapitalistischen Staaten Westeuropas (BRD, Frankreich, Großbritannien) wurzelten und die zugleich strukturelle Schranken jener Integrationslogik markierten, wie sie von der neofunktionalistischen Integrationstheorie (spill-over-Effekt) artikuliert wurde.

Die ökonomische und politisch-institutionelle Entwicklung der EWG mochte also auf den ersten Blick jene Kritik bestätigen, die Lenin 1915 an der Losung der »Vereinigten Staaten von Europa« formuliert hatte. Gleichwohl ließ eine gründliche Analyse der Kapitalbewegung in der EWG wie auf dem Weltmarkt schnell erkennen, daß Lenins Kritik den objektiven bzw. irreversiblen Charakter der Integration nicht mehr treffen konnte. War schon durch den Systemgegensatz und die Logik der atomaren Abschreckung, die sich in der bipolaren Struktur des Weltsystems organisierte, die von den frühen Imperialismustheorien unterstellte Gesetzmäßigkeit zur Zuspitzung der zwischenimperialistischen Konkurrenz bis zum Krieg außer Kraft gesetzt, so hatte sich mit der zunehmenden Verflechtung des Warenaustausches sowie der Direktinvestitionen von Kapital zwischen den entwickelten kapitalistischen Staaten (OECD) eine Struktur der Weltmarktbeziehung des Kapitals herausgebildet (vermittelt durch die Aktivität der »internationalen Konzerne«), die die objektive Notwendigkeit der Schaffung und Sta-

bilisierung größerer Wirtschaftsräume (zumal in Europa) begründete.

5.

Diese neuen Formen der Internationalisierung und der Arbeitsteilung, der Kapitalbewegung und der internationalen Währungsbeziehungen begründeten zwar die relative Stabilität der ökonomischen Verflechtung (und dabei – als deren regionale Form – die EWG, die schneller als noch bei ihrer Gründung geplant nach ca. 10 Jahren das Ziel einer Zollunion realisierte). Dabei wurde die ungleichmäßige Entwicklung der Mitgliedstaaten der EWG, die ihrerseits die materielle Basis für einen expandierenden Regulations- und Interventionsbedarf der Nationalstaaten bildete, nicht außer Kraft gesetzt. Die Dialektik von Internationalisierung und nationalstaatlich vermittelter kapitalistischer Reproduktion verdichtete sich namentlich in den 70er Jahren zu einem Artikulationsmuster, bei dem – als Reaktion auf die krisenhaften Veränderungen der kapitalistischen Weltwirtschaftsordnung – die nationalen Anpassungsstrategien ein größeres Gewicht gewannen und auf diese Weise den »spill-over« von der Zollunion zur Wirtschafts- und Währungsunion in Westeuropa blockierten.⁹

Diese Tendenz zur »Renationalisierung« wurde nicht allein durch die Turbulenzen im Weltwährungssystem, den inflationären Preisdruck sowie insbesondere durch die national unterschiedlichen Auswirkungen der Preiserhöhungen beim Erdöl (und den daraus folgenden energiepolitischen Maßnahmen) erzeugt. Hinzu kam, daß schon in den 60er Jahren über die Weltmarktkonkurrenz ein wachsender Druck auf die Förderung der modernen Wachstumsindustrien, von Wissenschafts- und Forschungsinvestitionen in den einzelnen Ländern ausgegangen war. Schließlich waren es aber auch die Klassenkämpfe dieser Periode, die diese Renationalisierungstendenz vorantrieben und die zugleich die Aufmerksamkeit der Linken absorbierten, die jetzt – zum ersten Mal seit dem Übergang zum Kalten Krieg – vor allem in Westeuropa wieder in die Offensive geriet.¹⁰

Auf der Ebene der nationalstaatlichen Politik reflektierten sich diese Klassenkämpfe und ihre Resultate im Ausbau a) keynesianischer Steuerungselemente (Konjunkturpolitik, staatliche Regulierung der Nachfrage, insbesondere bei den Lohneinkommen) und b) des Sozialstaates (von der Reform des Bildungs- und Ausbildungswesens, des Gesundheitssystems, der Verbesserung des sozialen Schutzes der Arbeitskraft und der Altersversorgung bis hin zu erweiterten Mitbestimmungs- und Kontrollrechten der Lohnabhängigen wie der Gewerkschaften). Der Anstieg der Massenarbeitslosigkeit nach der ersten Weltwirtschaftskrise 1974/75 zerstörte zwar Illusionen über die Reichweite und Effektivität dieser staatlichen Regulationsformen; gleichzeitig wurde jedoch die nationale Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik zum Feld der Auseinandersetzung um die Beseitigung der Arbeitslosigkeit.

Für die Linke spielte in dieser Situation die Ebene der europäischen Politik nur eine geringe Rolle. Auf der einen Seite schien sich in diesen Renationalisierungsprozessen die Kritik am kapitalistischen Charakter der westeuropäischen Integration voll zu bestätigen. Die Krisen der Integrationspolitik in den 70er Jahren galten als Beweis für die strukturellen Schranken supranationaler Politik- und Regulationsformen. Das im Jahre 1972 von Bundeskanzler Willy Brandt verkündete Programm, die EWG zu einer »Sozialunion« auszubauen, also die Gestaltung der sozialen Dimensionen der westeuropäischen Integrationspolitik in den Vordergrund zu rücken, war ebenfalls schnell wieder in Vergessenheit geraten. Auf der anderen Seite hat die Dynamik der Klassenkämpfe dieser Periode für die Linke nicht nur das Primat nationaler Politik, sondern vor allem auch die Perspektive nationaler Veränderungen der politischen und gesellschaftlichen Machtverhältnisse in die Richtung des Sozialismus aufgewertet. Trotz dieser Wahrnehmung der wachsenden Bedeutung internationaler Vermittlungen und Bedingungen des Klassenkampfes (die kommunistischen Parteien Westeuropas z. B. betonten bis Mitte der 70er Jahre die Notwendigkeit einer stärkeren Harmonisierung und Koordinierung der Politik¹¹; die Gründung des Europäischen Gewerkschafts-

bundes (EGB) 1974 sollte das Gewicht gewerkschaftlicher Interessenvertretung auf EG-Ebene erhöhen), zeichnete sich die Orientierung des linken Flügels der Arbeiterbewegung vor allem dadurch aus, daß sie der nationalen Veränderung, damit auch der nationalen Strategie, unbedingte Priorität einräumten¹²: das »programme commun« der Kommunisten und Sozialisten in Frankreich (1972) ebenso wie die Perspektive auf die »antimonopolistische Demokratie«, der »British Road to Socialism« und schließlich auch die »eurokommunistische« Position des PCI, die als Bruch mit dem sowjetischen Modell, als Strategie des demokratischen Weges zum Sozialismus in Italien und anderen entwickelten kapitalistischen Staaten konzipiert war.

6.

Dieser Prozeß einer »Renationalisierung« erfaßte in den 70er Jahren auch einen wichtigen Teilbereich des gewerkschaftlichen Internationalismus. Die alten Gewerkschaftsinternationalen (IBFG, WGB, EVA) und ihre »Internationalen Berufssekretariate« fungierten kaum als wirkungsvolle Instrumente, um den Internationalisierungsprozeß des Kapitals mit einer wirkungsvollen gewerkschaftlichen Gegenmacht zu konfrontieren. Gleichwohl hatte sich seit dem Ende der 60er Jahre eine neue Form der transnationalen Kooperation zwischen Organen der betrieblichen und gewerkschaftlichen Interessenvertretung in Zweigbetrieben von internationalen Konzernen entwickelt. So kam es zur Gründung einer Reihe von »Weltkonzernausschüssen«, die sich mit Problemen der Investitionsstrategien der internationalen Konzerne, der Gewerkschaftsrechte (zumah in Ländern der III. Welt, in denen die Gewerkschaftsfreiheit unterdrückt wurde), aber auch mit Fragen der gewerkschaftlichen Interessenvertretung – bis hin zum gemeinsamen Streik beschäftigten. Solche Aktionen fanden z. B. 1968/69 in europäischen Werken des Ford-Konzerns und 1972 in deutschen und niederländischen Betrieben des Akzo-Konzerns statt.¹³

Dennoch wurde die Hoffnung, daß nunmehr eine neue Form internationaler, gewerkschaftlicher Gegenmacht im Entstehen

begriffen sei, schnell enttäuscht. Schon 1977 konstatierten K. P. Tudyka und T. Ety in einem Forschungsbericht über »Multinationale Konzerne und Interessenvertretung der Lohnabhängigen« das Scheitern dieser Initiativen: »Gegenwärtig sind die Gewerkschaften weiter denn je davon entfernt, die Voraussetzungen für eine solche Basisstrategie gegen multinationale Konzerne zu schaffen . . . Diskrepanz zwischen Programm und Wirklichkeit internationaler gewerkschaftlicher Arbeit, ihre Determinierung durch nationale Gewerkschaften und deren Absonderung kennzeichnen das Feld gewerkschaftlicher Interessenvertretung gegenüber multinationalen Konzernen.«¹⁴

Die Gründe für den Mißerfolg solcher Initiativen waren unterschiedlicher Natur. Auf der einen Seite erwies es sich als schwierig bzw. als unmöglich, angesichts der national je verschiedenen Bedingungen der gewerkschaftlichen Interessenvertretung (zu denen u. a. die Stärke und Kampfkraft der Gewerkschaften, ihre politische Orientierung, aber auch die rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen für die Tarifpolitik, die Mitbestimmung sowie für den Arbeitsschutz und die Sozialpolitik gehören) die Forderungen zu harmonisieren und schließlich praktisch zu koordinieren. Auf der anderen Seite war es kein Zufall, daß die meisten dieser Ansätze unter dem Druck der sozialen Wirkungen der Weltwirtschaftskrise 1974/75 – hier besonders unter dem Druck der weltweit ansteigenden Arbeitslosigkeit – wieder auseinanderbrachen. Gewerkschaften und Betriebsräte wurden schnell zu Trägern eines »nationalen Protektionismus«, indem sie ihre Macht- und Verhandlungspotentiale dazu einsetzten, die Interessen *ihrer* Betriebsbelegschaften (durch die Abwehr von Betriebsschließung oder von Massenentlassungen) zu vertreten – auch dann, wenn der relative Erfolg dieser Politik dazu führen mußte, daß Betriebe in anderen Ländern geschlossen wurden.

Die Krise erzeugte so eine Konkurrenz zwischen nationalen Belegschaften internationaler Konzerne, die notwendig eine massive Entsolidarisierung und – darin eingeschlossen – die Bereitschaft zu sozialpartnerschaftlichem Anpassungsverhalten und zu Zugeständnissen beinhaltete. Gerade diese Erfahrung

machte aber deutlich, daß die spontane – rein gewerkschaftliche – Reaktion von Lohnabhängigen und Gewerkschaften auf die Internationalisierung des Kapitals selbst noch als eine Schranke für die Herausbildung eines neuen Internationalismus wirken muß.¹⁵ Der neue Internationalismus verlangt neben der Herausbildung gemeinsamer Interessen auch die Überwindung dieser Spontaneität. Dazu bedarf es nicht nur politischer Erkenntnis, sondern auch wirksamer Organisationsformen, die auf der internationalen Ebene der naturwüchsigen Konkurrenz national besonderer Fraktionen der Arbeiterklasse entgegenzuwirken vermögen. Für die Gegenwart bilanziert O. Jacobi: »Gewerkschaftliche Politik findet im nationalen Kontext statt; eine international abgestimmte Praxis gewerkschaftlicher Interessenvertretung besteht nicht. Weder programmatisch noch organisationsstrukturell sind die Gewerkschaften für grenzüberschreitende Interessenpolitik gerüstet; ihre supranationalen Verbände sind kaum mehr als Anschriften.«¹⁶

7.

Mit den weltwirtschaftlichen Krisenprozessen der 70er Jahre begann jene Periode des Umbruchs, in der zugleich die Parameter der nationalen und internationalen Politik neu definiert werden. Im komplexen Geflecht der ökonomischen und politischen Strukturwandlungen unserer Zeit wird als reale Tendenz immer deutlicher eine globale Interdependenz- und Verflechtungsstruktur erkennbar. Sie verbindet nicht nur die ökonomische Reorganisation im internationalen Maßstab sowie die Bewältigung der »wissenschaftlich-technischen Revolution«, sondern auch die politischen Strategien, die auf die Veränderung des Weltsystems reagierten und schließlich neue Widerspruchs- und Bedrohungspotentiale zu einem – höchst komplexen und widersprüchlichen – Systemzusammenhang. Diese Globalisierungstendenz entfaltet sich wesentlich in drei Dimensionen: – Der »Sachzwang Weltmarkt« materialisiert sich nicht allein über die Wirkung von ökonomischen Gesetzmäßigkeiten, die in letzter Instanz die Konkurrenzfähigkeit des Kapitals, inzwi-

schen aber auch die Entwicklungsbedingungen der sozialistischen Länder sowie der Länder der III. Welt bestimmen. Er gibt zugleich das Muster für die Anpassungsstrategien der entwickeltsten – international operierenden – Kapitale an den »neuen Akkumulationstyp« vor, der seinerseits die Beherrschung der »neuen Technologien« sowie die Orientierung der Produktions-, Investitions- und Absatzstrategien dieser Kapitale auf den Weltmarkt erfordert (und dabei vielfältige Formen der Kooperation, der Verschmelzung, der Zentralisation dieser Kapitale hervorbringt).

Die globalen Dimensionen der ökonomischen Verflechtung kommen aber auch in der Verselbständigung der internationalen Finanzmärkte, der weltweiten Interdependenz auf dem Gebiet der Währungsparitäten (die nach wie vor durch die Rolle des US-Dollar als Weltgeld beeinflusst werden) sowie in der Notwendigkeit von Formen eines internationalen Krisenmanagements (z. B. in Bezug auf die Schuldenkrise der III. Welt und – inzwischen – der USA) zum Ausdruck.¹⁷ Die Frage, ob schon heute zu Recht vom »internationalen Kapitalismus« als einer neuen Entwicklungsstufe des Weltkapitalismus gesprochen werden kann¹⁸, soll hier nicht vertieft werden. Dennoch bilden diese globalen Strukturen der Verflechtung und Interdependenz den Bezugsrahmen für die Strategien der ökonomischen und politischen Akteure (Unternehmungen, Nationalstaaten) – und zwar nicht nur in den Metropolen des Kapitals, sondern auch in den anderen »Abteilungen« der Weltgesellschaft.

– Die weltwirtschaftlichen Veränderungen bilden zugleich die materielle Basis für einen tiefgreifenden Wandel der hegemonialen Strukturen der Weltpolitik. Die Nachkriegsordnung – mit ihrer eindeutigen, bipolaren Struktur – geht definitiv ihrem Ende entgegen.¹⁹ Innerhalb des westlichen Bündnissystems vollzieht sich die Erosion der US-amerikanischen Hegemonie im Rahmen einer Restrukturierung der ökonomischen und politisch-militärischen Machtverteilung zwischen den Führungsmächten (zu denen – neben den USA – inzwischen vor allem die BRD und Japan gehören).

Sehr viel dramatischer hingegen verläuft der Prozeß der Auf-

lösung der Nachkriegsordnung im System der sozialistischen Staaten Ost- und Mitteleuropas, da er zugleich aus einer tiefen, innenpolitischen Krise dieser Staaten resultiert. Die Sowjetunion – selbst in einer Existenzkrise befangen, die die Erfolgchancen einer sozialistischen Perestroika (Demokratisierung plus ökonomisch-technische Modernisierung) unterminiert – ist offenbar nicht mehr bereit bzw. in der Lage, ihre Vormachtstellung innerhalb des sozialistischen Staatensystems mit den Mitteln militärischer Gewalt zu sichern.

Die Entwicklung in Polen und Ungarn hat längst de facto die Zugehörigkeit dieser Länder zum »sozialistischen Lager« aufgebrochen und wird in Zukunft noch stärker als Ferment einer Neubestimmung der politischen Landkarte Europas wirken und dabei die Lage in denjenigen sozialistischen Nachbarländern weiter destabilisieren, die sich gegen den Verfall des alten kommunistischen Systems abzuschotten versuchen (namentlich die DDR und die CSSR). Schließlich befindet sich die III. Welt in einem Prozeß der Differenzierung (z. B. zwischen den ostasiatischen pazifischen »Schwellenländern« und den hochverschuldeten Staaten Lateinamerikas), der das alte Schema vom »Nord-Süd-Konflikt«, aber auch traditionelle Konzepte der sozialökonomischen und politischen Emanzipation dieser Länder weitgehend außer Kraft gesetzt hat.

Die globalen Dimensionen dieser Prozesse wirken nicht nur vermittels der Verflechtung der Teilprozesse in den Gesamtzusammenhang der Veränderungen des Weltmarktes und der Weltpolitik. Sie aktualisieren sich insbesondere über die sicherheitspolitischen Implikationen, die sowohl die Beziehungen zwischen den Großmächten (vgl. die Bedeutung der Abrüstungsfrage seit den INF-Abkommen) als auch die Entschärfung von sog. Regionalkonflikten betreffen (z. B. in Afghanistan, in Mittelamerika, im südlichen Afrika, im mittleren Osten, in Kampuchea usw.).²⁰ Gerade weil die hegemoniale Kapazität von Großmächten durch die Veränderungen ihrer ökonomischen und militärischen Machtposition bestimmt wird²¹, vollzieht sich der Übergang von der bisur multipolaren Struktur der Weltpolitik in der Gegenwart im Kontext globaler Verflechtung und Interdependenz.

– Schließlich haben sich mit der Durchsetzung dieser Tendenz zur Globalisierung neue Widerspruchskomplexe und Risikopotentiale herausgebildet, die grenz- und systemüberschreitend wirken und daher die klassen- und formationspezifischen Determinanten nationaler und internationaler Konfliktformationen zwar nicht außer Kraft setzen, aber doch in Bezug auf die politische Bearbeitung und Lösung dieser Widersprüche einen Zugang verlangen, der nicht von den Prämissen des internationalen Klassenkampfes, sondern vom Bewußtsein der gemeinsamen Verantwortung für die Rettung der Menschheit und des Planeten ausgeht. Nicht nur die Gefahr der Selbstvernichtung durch den atomaren Holocaust, sondern die fortschreitende Zerstörung der Natur und der Umwelt (als Folge sowohl des Wachstums der industriellen Zivilisation als auch des zunehmenden Elends an der Peripherie) mit der Gefahr irreversibler, ökologischer Schädigungen und nicht zuletzt die Katastrophententiale ziviler Technologien treiben die Spirale einer Entwicklungsdynamik an, die eine neuartige »Gefährdungsgemeinsamkeit« erzeugt und reproduziert. Dadurch wird – wie Ulrich Beck in seiner Analyse der »Risikogesellschaft« hervorgehoben hat – »die Menschheit in der einheitlichen Lage zivilisatorischer Selbstgefährdungen zusammengezwungen«. ²² Die Logik der internationalen Beziehungen, die mehr und mehr durch diese Risiken bestimmt wird, erfordert daher ein »neues Denken« und eine neue Politik, die sich der Lösung globaler Probleme durch kollektive Anstrengungen aller Staaten zuwendet. ²³

8.

Die Dynamisierung der westeuropäischen Integrationspolitik in den 80er Jahren steht in einem engen Zusammenhang mit den Globalisierungstendenzen. Sie bildet gleichsam ein regionales Segment bzw. Zentrum in der äußerst komplexen Binnenstruktur der Globalisierung, die durch eine Vielfalt von nationalen und regionalen, von formations- und klassenspezifisch bestimmten Bedingungen, widersprüchlichen Interessen und Strategien charakterisiert wird.

– Der »große Sprung« zum »Binnenmarkt '92«, als ein »Deregulierungsvorgang größter Ordnung«²⁴, wird von den Anforderungen der Weltmarktkonkurrenz – insbesondere in den hochtechnologischen Schlüsselindustrien (Mikroelektronik, Telekommunikation, Gentechnologie, neue Werkstoffe) – vorangetrieben. Die Herstellung des europäischen Binnenmarktes soll die Voraussetzungen dafür schaffen, daß sich gerade in diesen Sektoren europäische Konzerne bilden, die der Konkurrenz der führenden amerikanischen und japanischen Konzerne im kommenden Jahrzehnt standzuhalten vermögen. Die zwischen den EG-Staaten noch bestehenden Restriktionen des freien Waren- und Kapitalverkehrs führen – so der Cecchini-Bericht – dazu, »daß europäische Unternehmen in vielen Schlüsselbranchen weder die notwendige Größe noch Spezialisierung erreichen, die ihnen die Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt sichern würde«.²⁵ Daher haben »... europäische Firmen heute im Kräftemessen mit japanischen und amerikanischen Konkurrenten häufig das Nachsehen. Seit Anfang der 80er Jahre schrumpft auf dem Weltmarkt der Anteil von europäischen Gesellschaften in vielen Branchen kontinuierlich. Deutlich ausgebaut haben die überseeischen Anbieter ihren Vorsprung in hochtechnologischen Bereichen, wie die Elektro- und Elektronikbranchen, Bürotechnik und Datenverarbeitung«.²⁶

– In der »neuen Welt« – so der außenpolitische Berater des französischen Präsidenten Régis Debray – gibt es »keine Alternative zum industriellen Europa«. Die westeuropäischen Staaten und Regierungen werden »gemeinsam zu Vasallen, wenn es nicht gelingt, unsere Industriepolitik und unsere technischen Normen aufeinander abzustimmen, wenn wir den europäischen Markt nicht vereinheitlichen und gemeinsam verteidigen.« Aber, die wesentliche Schwäche Westeuropas besteht darin, »daß die größte Handelsmacht der Welt... keine politische Macht dar(stellt)«.²⁷ Die Veränderungen in den hegemonialen Strukturen der Weltpolitik werden so als eine eigenständige Determinante begriffen, die den »hilflosen Kontinent«²⁸ vor die Alternative stellt, entweder als »Protektorat der USA«, unter beständigem Druck der Sowjetunion²⁹, marginalisiert zu wer-

den oder in den brodelnden Veränderungen der Weltpolitik seit den 70er Jahren endlich zu einer »dritten Großmacht« aufzusteigen, die ihre Wirtschaftsmacht mit einer eigenständigen Außen- und Militärpolitik zu kombinieren vermag.³⁰

»Das neue europäische Bewußtsein ist das Bewußtsein der kulturellen, energiewirtschaftlichen, ökonomischen, demographischen, moralischen und, mehr als alles andere, politischen und militärischen Schwäche eines Europa, das sowohl vom Gespenst des Exterminismus als auch des Totalismus verfolgt wird.«³¹ Der Druck, der von den Globalisierungstendenzen auf die Dynamik der Integrationspolitik ausgeht, manifestiert sich demzufolge doppelt: einmal als Modernisierungsdruck, zum anderen jedoch als Druck auf die politischen Akteure (zunächst die Regierungen), einen gemeinsamen politischen Willen zu entwickeln, der trotz der nach wie vor bestehenden Komplexität von national unterschiedlichen ökonomischen, technologischen und sozialpolitischen Interessen ein eigenständiges Gewicht der Europäer in der Weltpolitik aufzubauen vermag. Dabei sind es – in der zweiten Hälfte der 80er Jahre – vor allem die Krisen- und Reformprozesse in der Sowjetunion sowie in anderen sozialistischen Ländern, die diesen Druck enorm verstärkt haben. François Mitterand erklärt 1986 in Moskau: »Es ist notwendig, daß Europa zum Handlungsträger seiner eigenen Geschichte wird, um somit in vollem Umfang seiner Rolle als Gleichgewichts- und Stabilitätsfaktor in internationalen Angelegenheiten gerecht werden zu können«. Michail Gorbatschow ergänzt: »Meine Überlegungen gingen in dieselbe Richtung.«³² – Auch die dritte Dimension, in die sich die Globalisierungstendenz entfaltet, wirkt (wenn auch höchst widersprüchlich) auf die Dynamik der westeuropäischen Integration hin. Die Globalisierung der ökologischen Problemlagen und ihrer Bearbeitungsstrategien ist evident. Gleichzeitig verschärfen sich in Europa – als einem der großen, industriellen Ballungszentren der Welt – spezifische Belastungen der Natur, der Umwelt sowie der Gesundheit, die ihrerseits lokale und nationale, aber auch transnationale Bearbeitungsstrategien erfordern (z. B. Rheinverseuchung, das Umkippen von Nord- und Ostsee, aber

auch des Mittelmeeres, das Waldsterben sowie die Vergiftung der Böden und der Luft). Mit der Verabschiedung der Einheitlichen Europäischen Akte (EEA) ist die Umweltpolitik als wesentlicher Bestandteil der Gemeinschaftspolitik (Art. 130 s-t EWG-Vertrag) definiert worden. Gleichwohl bleiben die bisherigen Resultate einer gemeinschaftlichen Umweltpolitik weit hinter jenen Anforderungen zurück, die durch die Kumulation der Belastungen gleichsam progressiv anwachsen und die Katastrophenerfahrung in diesen Bereichen zur mehr oder weniger selbstverständlichen Alltagserfahrung werden läßt.³³

9.

Welche Bedeutung hat aber nun die Globalisierungstendenz für die begriffliche und vor allem auch praktische Unterscheidung zwischen dem alten und dem neuen Internationalismus? Globalisierung bedeutet auf jeden Fall *nicht*, daß sich eine »Weltgesellschaft« mit einheitlichen Produktionsverhältnissen, Sozialstrukturen und politischen Institutionen herausgebildet hat und dabei sich die »Menschheit« als Träger der allgemeinmenschlichen Werte bzw. der Gattungsinteressen in »planerischen« Dimensionen als reales, geschichtsmächtiges Subjekt konstituiert. Die Weltwirtschaft und die Weltpolitik bilden nach wie vor komplexe Systeme, deren Entwicklungsdynamik durch unterschiedliche und gegensätzliche sozialökonomische Formationen, durch eine hierarchische und ungleiche Struktur der ökonomischen Entwicklung und der Verteilung des Reichtums, insgesamt durch Verhältnisse der ungleichen ökonomischen und politischen Machtverteilung geprägt wird. So wirken in den verschiedenen Funktionsräumen (Weltmarkt, Nation, Region) unterschiedliche Logiken, die sich jeweils zu einem bestimmten Artikulationsmuster verbinden und die ihrerseits die Handlungsbedingungen und -anforderungen für die Akteure in diesen Räumen (Unternehmungen, internationale Organisationen, nationale Regierungen, politische Organisationen und soziale Bewegungen) definieren³⁴.

Dieses Artikulationsmuster (gleichsam die Matrix des Ver-

hältnisses der Struktur determinanten internationaler Politik) zeichnet sich durch dominante bzw. hegemoniale Verknüpfungen zwischen Logiken aus, die die verschiedenen Funktionsräume beherrschen. Diese vermitteln ihrerseits Aufschluß über die dynamischen Zentren bzw. die Krisenzentren, damit auch über die strategischen Handlungspotentiale sowie über die globalen Kräfte- und Machtkonstellationen. Es sind mithin diese Verknüpfungen, die nicht nur als objektive Handlungsdeterminanten wirken, sondern zugleich die politischen Akteure, die jeweils in der Region, in der Nation sowie auf dem Felde der internationalen Politik und Wirtschaft konkrete Interessen artikulieren, mit der Aufgabe konfrontieren, diese Interessen und ihre Realisierung im Kontext dieser globalen Prozesse zu verfolgen.

Mit der Durchsetzung der Globalisierungstendenzen verändert sich ein Artikulationsmuster der internationalen Politik, das durch die bipolare Struktur der Nachkriegsordnung charakterisiert war. Der Systemgegensatz der beiden Supermächte USA und UdSSR durchdrang und verknüpfte die vielfältigen Funktionslogiken, die nach 1945 u. a. die Rekonstruktion des kapitalistischen Weltmarktes, den Aufbau des sozialistischen Staatensystems oder auch die antikolonialen bzw. antiimperialistischen Befreiungsbewegungen als eigenständige sozialökonomische und politisch-ideologische Prozesse bestimmten. Von der Kommunalpolitik, über regional begrenzte Streikauseinandersetzungen bis hin zur Funktionsweise der UNO läßt sich die Determination dieser Prozesse durch die dominante, politische Logik der Blockkonfrontation mit einer bipolaren, hegemonialen Struktur rekonstruieren.

Die Globalisierungstendenzen der Gegenwart hingegen realisieren sich in einem komplexen System komplementärer und konkurrierender Funktionslogiken. Der Übergang von der Bi- zur Multipolarität vollzieht sich als ein Prozeß, in dem die Handlungsanforderungen an die ökonomischen und politischen Subjekte zunächst durch die Strukturen der Interdependenz bestimmt sind, die die Weltmarktkonkurrenz, die Bewältigung der wissenschaftlich-technischen Revolution nach der

ökonomischen Seite, die Reorganisation der hegemonialen Strukturen der Weltpolitik nach der politischen Seite hin durchdringen. Die relevanten Akteure in diesem Prozeß sind kapitalistische, international operierende Konzerne auf der einen, Regierungen von Nationalstaaten, die ihrerseits in verschiedene Bündnissysteme integriert sind, auf der anderen Seite. Sie verfolgen partikuläre Interessen: Kapitalakkumulation und Profitproduktion unter den Wirkungsbedingungen des Wertgesetzes auf dem Weltmarkt; politische Sicherung der nationalen Interessen im Hinblick auf den Modernisierungsdruck und die Veränderungen der weltpolitischen Kräfteverhältnisse (unter Einfluß der militär- und sicherheitspolitischen Interessen). Daraus entstehen notwendig Disproportionalitäten und Ungleichgewichte der ökonomischen wie der politischen Machtverteilung, die vorerst wiederum in der Macht von Nationalstaaten erscheinen.

Die Globalisierungstendenz macht sich mithin nicht darin geltend, daß sie diese Dynamik der Verfolgung partikularer Interessen außer Kraft setzt. Vielmehr wirkt sie vermittels der Reproduktion von Problemlagen und Widerspruchskomplexen, die vor allem durch die Verfolgung dieser partikulären Interessen erzeugt werden. Die Wirkungsbedingungen des Wertgesetzes auf dem Weltmarkt üben Druck aus, der im Interesse der führenden, westeuropäischen Kapitalgruppen die Herstellung des »Binnenmarktes '92« als notwendig erscheinen läßt. Die Veränderungen in den hegemonialen Strukturen der Weltpolitik – namentlich die veränderte Rolle der USA sowie die tiefe Krise des sozialistischen Staatensystems – erzwingen gleichsam ein höheres Maß an außen- und sicherheitspolitischer Übereinstimmung zwischen den Regierungen der Mitgliedstaaten der EG. Die Übereinstimmung solcher Interessenlagen, die den neuen Integrationsschub für die EG wesentlich bestimmt, hebt jedoch keineswegs die besonderen Interessen der Nationalstaaten sowie die Ungleichmäßigkeit ihrer ökonomischen und politischen Entwicklung, damit auch der ungleichen Machtverteilung zwischen ihnen auf. Der neue ökonomische Integrationsschub wird daher von einer weitreichenden Anerkennung der Überle-

genheit, ja der führenden Rolle des bundesdeutschen Kapitalismus in Europa und auf dem Weltmarkt begleitet. Zugleich hat die Einsicht in die begrenzte Reichweite der nationalen wirtschafts-, finanz- und währungspolitischen Instrumentarien nicht dazu geführt, die Nationalstaaten durch die Schaffung effektiver, supranationaler politischer Institutionen gleichsam zu entmachten bzw. eine qualitativ neue Stufe des Machttransfers vom Nationalstaat auf internationale Organisationen zu erreichen. Mit der EEA ist lediglich das Verhältnis von nationalstaatlicher Souveränität und gemeinschaftlichen Interessen, die auf der Ebene der EG einen neuen und zusätzlichen Regulierungsbedarf anerkennen, im Sinne einer neuen Komplementaritätsbeziehung definiert worden.

10.

Im Prozeß der Dynamisierung der westeuropäischen Integration dominieren also zunächst funktionale Handlungsimperative, die durch die Globalisierungstendenzen bestimmt werden. Diese heben jedoch keineswegs die praktische Bearbeitung dieser Imperative durch die bestehenden politischen Institutionen (hier: die Nationalstaaten als die bestimmenden Handelssubjekte) auf. Das heißt: die Politik der nationalen Regierungen, die sich ihrerseits im Kräftefeld der innenpolitischen Machtkonstellationen *und* der hegemonialen Verhältnisse der internationalen Politik bewegt, nimmt diese Imperative auf und »übersetzt« sie in Strategien der Innenpolitik (Modernisierung, Deregulierung, Umweltpolitik) und der Außenpolitik (z. B. durch die Unterstützung des Binnenmarktprojektes sowie gemeinsamen außenpolitischen Positionen der EG-Staaten gegenüber den USA und Japan bzw. im Ost-West-Konflikt, gegenüber der III. Welt usw.) – entsprechend den besonderen nationalen Interessen und Handlungsbedingungen. Dabei entstehen unvermeidlich Interessendivergenzen zwischen den EG-Staaten, die mühsam in Übereinstimmung bzw. zu einem Kompromiß gebracht werden müssen. In diesem Sinne jedoch definiert die Globalisierungstendenz zunächst die Zwecke und Ziele der Akteure; aber

sie transformiert nicht die institutionellen Formen, in denen sich deren Realisierung vollzieht.

Zugleich entfaltet sich – wie gezeigt wurde – die Tendenz im Zusammenhang von Widerspruchskomplexen, die einen neuen und zusätzlichen Handlungsbedarf erzeugen. Dabei handelt es sich wesentlich um Problemlagen, deren Konstitution und Bearbeitung die Reichweite nationalstaatlicher Regulierungsinstrumente transzendiert:

– die Gefahren, die von der weltweiten Hochrüstung sowie von den »Konfliktregionen« der Weltpolitik ausgehen;

– die progressiven Schädigungen der Natur, der Umwelt und des Klimas;

– schließlich die Polarisierung von Armut und Reichtum in der »Weltgesellschaft«, die nicht nur im Verhältnis zwischen den Metropolen des Kapitals und der III.-Welt-Peripherie wirkt, sondern die auch die inneren sozialen Verhältnisse in den Metropolen selbst (»Zweidrittelgesellschaft«) und die sozialökonomische Verarmung in den meisten sozialistischen Ländern auszeichnet.

Die Überwindung dieser Risiken und Gefahren erfordert nicht allein neue Formen der internationalen Kooperation (und damit neue Formen der Verbindung von nationaler und internationaler Politik). Zugleich kann diese nur entwickelt werden, wenn die partikularen Interessen, die die Epoche der bipolaren Konfrontation auszeichneten, in Frage gestellt bzw. modifiziert werden.³⁵ Damit ist zugleich der Handlungsrahmen skizziert, in dem sich der neue Internationalismus bewegt. Seine Subjekte sind freilich nicht nur Regierungen von Nationalstaaten bzw. internationale Organisationen, sondern soziale und politische Bewegungen, die gegen die herrschende Entwicklungslogik die innere Widerspruchstendenz der Globalisierung sowie die objektive Möglichkeit ihrer Aufhebung artikulieren.

11.

Der »Binnenmarkt '92« sowie die weiterreichenden Pläne, in den 90er Jahren endlich die »Europäische Union« zu verwirkli-

chen, sind keine Projekte der Linken.³⁶ Insofern ignorieren bzw. verschleiern z. B. Appelle des Präsidenten der EG-Kommission, Jacques Delors, (er ist Mitglied der Sozialistischen Partei) an die Linke, sie möge die historische Chance einer Partizipation an dieser »stillen Revolution« nicht verpassen, die tatsächliche hegemoniale Struktur des neuen Integrationsschubes. Auch das Bemühen sowjetischer Wissenschaftler, nach der Verdammung der EWG in den 50er, dann nach der Anerkennung des »objektiven« Charakters der Integration in den 60er Jahren, nunmehr eine prinzipielle »progressive Tendenz« in der europäischen Integration in den Vordergrund zu rücken³⁷, perpetuiert tendenziell jene Funktionalisierung von Wissenschaft für die Zwecke der Außenpolitik (nunmehr freilich mit »umgedrehten« Inhalten), die in der Vergangenheit für die Stagnation der Gesellschaftswissenschaften in der Sowjetunion und in anderen sozialistischen Ländern verantwortlich war.

Die maßgebenden Subjekte dieses Projektes sind die transnational operierenden Konzerne sowie Regierungen, die einerseits die neoliberale Modernisierung nutzen, andererseits das politische Gewicht Westeuropas in der weltpolitischen Arena erhöhen wollen. Die hegemoniale Struktur des Projektes wird freilich nicht allein durch die vorherrschende Ideologie des Neoliberalismus charakterisiert. Vielmehr zeichnet sich diese zudem durch die eindeutig hegemoniale Position der Bundesrepublik in der EG aus. Der französische Premierminister Michel Rocard gesteht diesen Sachverhalt unumwunden ein: »Europa zu schaffen, heißt . . . anzuerkennen, daß Deutschland die dominierende wirtschaftliche Macht in Europa ist. Das muß man wissen.«³⁸ Die EG-Politik der Bundesrepublik zielt darauf ab, »der ökonomischen Macht auch noch politische und militärische Macht als Teil eines ›Dritten Blocks‹, einer ›Supermacht Europas‹ hinzuzugesellen.«³⁹

Diese hegemoniale Struktur der Europa-Politik reflektiert zugleich die Veränderungen in den politischen Kräfteverhältnissen, die sich in den meisten Ländern Westeuropas seit Mitte der 70er Jahre zu Ungunsten der politischen und gewerkschaftlichen Linken vollzogen haben. Der Neokonservatismus, der die

krisenhafte Auflösung des »fordistischen« Regulationsmodells politisch und ideologisch forcierte, hat insbesondere die sozialistische und kommunistische Arbeiterbewegung in die Defensive getrieben. Diese Schwäche würde allerdings noch verstärkt, wenn sich die Linke im nationalen Rahmen darauf beschränken würde, jene Triebkräfte, die im Rahmen der Globalisierungstendenzen die westeuropäische Integration dynamisieren, zu ignorieren bzw. propagandistisch zu entlarven und sich strategisch auf die Verteidigung letzter »Bastionen«, über die sie in ihren Ländern immer noch verfügt, zurückzuziehen.

Es ist gerade diese Erfahrung – zusammen mit der Erfahrung der Krisen des alten, proletarischen Internationalismus –, die zunehmend eine neue Erkenntnis befördert: daß nämlich die westeuropäische Linke – ausgehend von den besonderen, nationalen Handlungsbedingungen – diese Schwäche nur dann überwinden kann, wenn es ihr gelingt, sich auch international zu einer geistigen und politischen Kraft zu formieren, die Handlungssubjekt für eine progressive Veränderung der derzeitigen hegemonialen Struktur der Europa-Politik sein könnte. Es gilt dabei auch die Chance für eine neue Politik zu nutzen, die durch die innere Widerspruchsstruktur der Globalisierungstendenzen nicht nur möglich, sondern auch – in bezug auf die globalen Risiko- und Katastrophenpotentiale – drängend gefordert ist.

Dieser notwendige Lernprozeß, der zweifellos von einer nüchternen Bilanzierung der derzeitigen Schwäche der Linken sowie des enormen Rückstandes bei der Entwicklung effektiver, internationaler Kooperation und Koordination auszugehen hätte⁴⁰, kann freilich beschleunigt werden – und zwar nicht allein aufgrund des Problemdrucks, der eine strategische Neuorientierung erzwingt, sondern vor allem aufgrund der sich kumulierenden Indikatoren für die Grenzen, an die in vielen Ländern Westeuropas offenbar die neokonservative Politik der Deregulierung in bezug auf die Mobilisierung von öffentlicher Legitimation und damit auch auf die Gewinnung von Mehrheiten bei Wahlen geraten ist. Im Jahre 1989 gibt es nicht »einziges Land in Westeuropa, wo die wichtigen politischen Nachkriegsformationen der Bourgeoisie mit Zuversicht auf die nächsten

Wahlen blicken können.«⁴¹ Die Chance einer Überwindung der neokonservativen Hegemonie, deren Legitimation sich an den Widersprüchen im Bereich der Beschäftigungsentwicklung, der Armutprobleme, der Demontage des Sozialstaates, der Zuspitzung der ökologischen Krisenprozesse usw. bricht, zwingt daher zugleich die Linke, Alternativen zum Europa der Konzerne, der Deregulierung und der neuen – von der BRD geprägten – Großmachtpolitik auszuarbeiten und zu vertreten.

12.

In den letzten Jahren hat sich eine neue »Europa-Euphorie« eines Teils jener Intellektueller bemächtigt, die (namentlich in Frankreich) seit den späten 70er Jahren den Abschied von ihren sozialistischen Idealen nahmen und sich auf die Suche nach neuen Identitäten begaben. Die Enttäuschung über die Arbeiterbewegung und den Sozialismus verbindet sich hier mit der Wahrnehmung einer tiefen Krise Europas, die aus politischer Schwäche (»Vasallen«-Status gegenüber den USA) und Ohnmacht (in bezug auf die Konfliktregionen in der Dritten Welt), aus totalitärer Bedrohung (durch die, allerdings im Niedergang befindliche, daher um so gefährlichere Supermacht UdSSR), kulturellem Verfall (als Folge der Amerikanisierung) und mangelnder wirtschaftlicher und politischer Einsicht resultiert.

Der ehemalige Revolutionstheoretiker und Guerilla-Kämpfer Régis Debray plädiert in diesem Sinne für ein »neues europäisches Selbstbewußtsein«, denn »Europa kann sich (nicht) damit zufriedengeben, ein Protektorat der USA zu sein.«⁴² Daher polemisiert er gegen den Pazifismus der – vor allem westdeutschen – Friedensbewegung und setzt sich dafür ein, daß die EG nicht nur industriell, sondern auch – und an diesem Punkt verläßt er die Integrationsperspektive, um die nationalen Interessen Frankreich angemessen zu wahren – durch die außen- und militärpolitische Kooperation – vor allem zwischen Bonn und Paris – weiterzuentwickeln. »Die dritte Großmacht der Welt hat es nicht nötig, in der militärischen Rangordnung ein Abklatsch der beiden ersten zu sein.«⁴³

Auch Edgar Morin, französischer Philosoph und Soziologe, der zunächst bekennt, daß er sich vom Anti- und Pro-Europäer, vom Saulus zum Paulus gewandelt habe, beschwört die europäische Schicksalsgemeinschaft und leitet daraus die »Aufgabe der Intellektuellen« ab, »dem neuen europäischen Bewußtsein des gemeinsamen Schicksals und der Identität Ausdruck zu verleihen.«⁴⁴ Angesichts der tiefen Krise und Schwäche Europas müsse sich das neue europäische Bewußtsein als »Wahrer eines einzigartigen Erbes von universalem Wert« begreifen.⁴⁵ Dieses Erbe heißt: Pluralität, Konfliktualität und Komplexität, kurzum: Demokratie.⁴⁶ Die Chancen für eine neue Identität stünden nicht einmal schlecht; denn die westeuropäischen Länder hätten bereits »eine Art sympathisches Nervensystem« aufgebaut, »um ihre ersten organischen Ausbauprozesse zu regeln«. Jetzt komme es vor allem darauf an, »ein Gehirn« dieser komplexen Verflechtungs- und Interdependenzstrukturen zu bilden.⁴⁷ Auch Peter Glotz vermittelt in seinem »Manifest für eine europäische Linke« dem »hilflosen Kontinent« eine ähnliche Botschaft: »Europa rinnt aus. Entweder wir fordern eine neue, die alten Lager und die nationalen Grenzen überspringende, historisch operierende europäische Führungsschicht, oder wir enden im Ekel vor der Selbsterhaltung, sensibel und demoralisiert, bestenfalls in der satirischen Résistance«.⁴⁸

Debray unternimmt den Versuch (als Berater eines sozialistischen Staatspräsidenten), »realpolitisch« den Widerspruch zwischen der relativen ökonomischen Schwäche Frankreichs und seiner politisch-militärischen Rolle als Atommacht und als ehemalige Kolonialmacht (Frankreich ist »zur Zeit die einzige mittlere Großmacht mit weltweiter Kapazität«⁴⁹) aufzulösen.⁵⁰ Morin hingegen konzentriert sich auf die schon von Debray am Rande aufgeworfene Frage, ob die Europäische Gemeinschaft »einen kohärenten Raum für eine neue Zivilisation hervorbringen kann«.⁵¹ Auch er geht von der Globalisierung aus. Im »planetarischen Zeitalter« bildet die Menschheit eine »unteilbare geo-ökologische Einheit«, eine »Schicksalsgemeinschaft«.⁵² Europa ist längst nicht mehr der Mittelpunkt, son-

dern eine Randprovinz der Welt. Im »Strudel« der europäischen Geschichte haben sich »wie wahnsinnig die Mächte der Herrschsucht, der Zerstörung und des Todes entfesselt«. ⁵³ In dem Maße freilich, wie diese Mächte im 20. Jahrhundert die Krisen Europas heraufbeschworen haben, »die Vollkommenheit, die Ewigkeit und das Absolute . . . endgültig Schiffbruch erlitten haben« ⁵⁴, könne die europäische Identität auf die Traditionen des Humanismus, der Vernunft und der Naturwissenschaften aufbauen, »die von den eurozentrischen Verzerrungen niemals erstickt werden konnten.« ⁵⁵

Das entscheidende Merkmal der geschichtlichen und kulturellen Identität Europas sei daher seine »Dialogik«: »das befreiende Aufeinandertreffen von Unterschieden, Antagonismen, Konkurrenzen und Komplementaritäten«. ⁵⁶ Die politische Form dieser Dialogik sei die Demokratie, deren Spielregeln absolute Wahrheiten ausschließen und die – nachdem der Mythos des Sozialismus sich in die Realität der totalitären Bedrohung verwandelt habe – zum Formprinzip der politisch-kulturellen Identität Europas am Ende des 20. Jahrhunderts geworden sei. Nietzsches Nihilismus gerät so zur lebendigen Botschaft: der »Endpunkt der verzweifelten Suche nach der absoluten Gewißheit« ⁵⁷ eröffne die Chance, »daß der Mensch mutig die Angst der menschlichen Existenz auf sich nimmt«. ⁵⁸

Der neue Europa-Idealismus, der sich hier artikuliert, liegt nicht nur ganz im Trend des postmodernen Spät-Nietzeanismus ⁵⁹ sowie der Wiederentdeckung der Totalitarismustheorie durch französische Intellektuelle, die ihre eigene Biographie zu bewältigen haben. Dabei produziert dieser Enthusiasmus freilich bemerkenswerte Formen der Realitätsblindheit. Auf der einen Seite blockiert die Fixierung auf den Totalitarismus des Ostens die Wahrnehmung der Reform- und Transformationsprozesse in Mittel- und Osteuropa sowie ihrer politischen Relevanz für die europäische Entwicklung. Auf der anderen Seite teilt diese Programmschrift nicht nur Nietzsches Dekadenzerfahrung (die Schwäche Europas), sondern auch seine Verachtung für die Soziologie ⁶⁰ bzw. für die modernen Sozialwissenschaften. Mit anderen Worten: das neue Europabewußtsein ab-

strahiert nahezu vollständig von den ökonomischen und sozialen Prozessen und Widersprüchen, die nun einmal die zentrale Achse der Integration sowie der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen um den »Binnenmarkt '92« bilden.

Gleichwohl korrespondiert diesem Appell an die Intellektuellen, »dem neuen europäischen Bewußtsein . . . Ausdruck zu verleihen«, eine soziale Realität. Die Lebensweise der Eliten in den westlichen Metropolen ist längst »internationalistisch« geworden. Für die Manager und die Spezialisten der internationalen Konzerne, für Künstler⁶¹ und Wissenschaftler, für Angehörige der politischen Klasse und die Medienexperten ist es ganz selbstverständlich geworden, daß die Flughäfen, die internationalen Hotels, die Konferenzsäle der ganzen Welt gleichsam zu ihrer »zweiten Heimat« geworden sind, daß sie permanent über die Grenzen hinweg – in mehreren Sprachen, vermittelt durch die modernsten Kommunikationstechnologien – miteinander kommunizieren. Für diese Eliten ist der alte Nationalismus/ Chauvinismus (dessen Wortführer ja die »organischen Intellektuellen« der herrschenden Klassen waren) durch und durch anachronistisch geworden, weil er auch als Schranke für die Anpassung des modernisierten »internationalen Kapitalismus« (auch im Bereich der Kulturindustrien) an die Globalisierungstendenzen – und darin eingeschlossen: die Reorganisation des Weltmarktes und der Weltpolitik, die eine europäische Identität erheischt – wirkt. In ihrer Mehrheit dürften diese Gruppen daher kaum zum Bündnispartner jener rechtspopulistischen Gegenbewegungen der »Eurorechten« (von Le Pen bis Schönhuber) werden, deren Chauvinismus sich aus Fremdenhaß nährt und deren jüngste Erfolge zugleich die Abwehrgängste »der vom sozialen Abstieg bedrohten Schichten gegen die internationale Arbeitsteilung« artikulieren.⁶²

13.

Auch Jürgen Habermas hat in seinem »philosophischen Diskurs der Moderne« den »Traum« von einer »ganz anderen europäischen Identität« als ein mögliches Design charakterisiert, das

– indem es das Erbe sowohl des »okzidentalen Rationalismus« als auch des aus der französischen Revolution von 1789 hervorgegangenen demokratischen Verfassungs- und Nationalstaates in sich aufnimmt – als Alternative zum neokonservativen Regulationsmodell der USA sowie zum ökonomistisch reduzierten Projekt eines gemeinsamen europäischen Marktes politische Wirkung entfalten könnte. Habermas fordert den »Mut zur Vision«, ohne diese programmatisch zu detaillieren. Gleichwohl zielt diese Vision auf eine fundamentale Infragestellung der herrschenden Vergesellschaftungslogiken: »Zu einer neuen Identität wird das alte Europa nur dann finden, wenn es diesem Kurzschluß aus Wirtschaftswachstum, Rüstungswettlauf und »alten Werten« die *Vision eines Ausbruchs* aus den selbstverhängten systematischen Zwängen entgegensetzt, wenn es der Konfusion ein Ende setzt, als könne der in rationalisierten Lebenswelten gespeicherte normative Gehalt der Moderne einzig in immer komplexer werdenden Systemen entbunden werden.«⁶³

Habermas bezieht diese Konzeption des Bruchs mit den Imperativen der kapitalistischen Wachstumsdynamik und der Expansion des »monetär-bürokratischen Komplexes« nicht auf eine – im traditionellen Sinne – revolutionäre Handlungsperspektive. Auch die neuen sozialen Bewegungen, in denen sich Widerstand gegen Übergriffe des Systems in die Lebenswelten formiert hat, agieren überwiegend defensiv und können – auch aufgrund ihrer relativ schmalen sozialen Basis in den Mittelschichten – nicht als Subjekte einer Umwälzung der politischen und gesellschaftlichen Machtverhältnisse angesprochen werden. Vor diesem Hintergrund gewinnt freilich die Programmatik der »Eurolinken« an Bedeutung, die sich in der Kooperation zwischen sozialistischen/sozialdemokratischen Parteien und der italienischen KP entwickelt hat – und die durch das »neue politische Denken« in der Sowjetunion, dabei über die Korrektur von kritischen Positionen gegenüber dem PCI und der SPD eine beträchtliche Aufwertung erfahren hat.⁶⁴ Obwohl es bei den Partnern der Eurolinken unterschiedliche Akzentuierungen gibt, die auch die nationalen Besonderheiten reflektieren, besteht ein Grundkonsens, der z. B. auch in der Kooperation

ihrer Europa-Parlamentarier zum Ausdruck kommt. Dieser beinhaltet zum einen die Unterstützung der wirtschaftlichen und politischen Einigung Europas. Die EEA sowie das Projekt des »Binnenmarktes '92« werden daher begrüßt. Zum anderen setzt sich die Eurolinke für eine Dynamisierung der politischen Integration sowie für eine Demokratisierung der Institutionen der EG ein. Andrea Occhetto, der neue Vorsitzende des PCI, plädiert in diesem Sinne für eine Erweiterung der Rechte des europäischen Parlaments: »Es muß eine demokratische Regierung des Prozesses der Integration geben, um den Problemen zu begegnen, die in der Perspektive einer Konvergenz zwischen den Ökonomien und der Überwindung . . . der regionalen Ungleichgewichte enthalten sind.«⁶⁵

Die Politik des »starken Reformismus«, die hier auf die Ebene der EG projiziert wird, konvergiert zudem in der Anerkennung einer kapitalistischen Modernisierung, die durch die Weltmarktkonkurrenz erzwungen wird. Peter Glotz stellt der europäischen Linken die folgende »Leitfrage«: »Kann sie den keineswegs an sein Ende gekommenen Kapitalismus auf ein neues Leitbild der Investitionen, eine Strategie des qualitativen Wachstums, eine ökologische Buchhaltung verpflichten?«⁶⁶ Die »soziale Demokratie« soll als »europäische Idee« einen neuen historischen Block zusammenführen, der gegen die von den Neokonservativen betriebene »Amerikanisierung« Europas die Vielfalt des europäischen kulturellen Erbes verteidigt, den Sozialstaat in seiner Funktion behauptet, das relative Kräftegleichgewicht der Klassen auszubalancieren und dabei den sozialen Frieden zu gewährleisten sucht sowie für die Gleichheit der Geschlechter eintritt. Darüber hinaus unterstützt die Eurolinke eine weltweite Politik der Rüstungskontrolle und Abrüstung und setzt sich für eine »neue Partnerschaft zwischen Ost- und Westeuropa« ein.

Ob dieser »Euroreformismus« wirklich stark wird, muß zum gegenwärtigen Zeitpunkt eine offene Frage bleiben. Seine Träger sind starke sozialdemokratische/sozialistische Parteien sowie der PCI und ein großer Block der europäischen Gewerkschaften, die nach den Niederlagen und Rückschlägen seit den

späten 70er Jahren inzwischen wiederum in eine Phase der Konsolidierung eingetreten sind, die ihrerseits in den Prozeß der Erosion der neokonservativen Hegemonie verflochten ist. Deren Überwindung ist mittelfristig – vor allem auch im Hinblick auf die Reorganisation der Beziehungen zwischen Ost- und Westeuropa – nur über einen relevanten Einfluß jener politischen Kräfte vorstellbar, die sich der Eurolinken zurechnen. Dennoch ist es diesen Kräften bislang noch nicht gelungen, über die Kommunikation von Führungsgruppen nationaler Organisationen hinaus eine praktisch wirksame, transnationale Handlungsperspektive zu entwickeln.⁶⁷

Diese institutionelle Fixierung, die immer noch die notwendige Koordination von sozialen Bewegungen und Kämpfen in der EG blockiert, wird freilich durch einen Widerspruch ergänzt, der in die Programmatik der Eurolinken eingeschrieben ist. Die Anerkennung der Modernisierung des Kapitalismus und der Sachzwänge der Weltmarktkonkurrenz, die gleichzeitig – wie bei Peter Glotz – den Schwanengesang auf die Konzepte der »alten Linken« (Sozialisierung, nationaler Keynesianismus) sowie auf den defensiven Charakter der neuen sozialen Bewegungen anstimmt⁶⁸, gerät unvermeidlich auf die Bahnen einer Logik, die selbst noch die Bedingungen für die soziale und ökologische Flankierung dieses Modernisierungsprozesses im Sinne der sozialen Demokratie untergräbt. Gerade die Modernisierungspolitik, die von regierenden eurosozialistischen Parteien in Frankreich oder in Spanien verfolgt wird, exemplifiziert diese Widerspruchskonstellation, die ihrerseits in der wachsenden Subalternität dieser Länder vom internationalen – vor allem vom westdeutschen – Kapital, andererseits in der Zusammenballung sozialer Modernisierungsrisiken (Massenarbeitslosigkeit, Armut, regionale Disproportionen usw.) in diesen Ländern erscheint. Daß gerade die Gewerkschaften dieser Länder sich gezwungen sehen, gegen die Wirtschafts- und Sozialpolitik zu mobilisieren⁶⁹, illustriert daher zugleich die Spaltungspotentiale innerhalb des reformistischen Blocks, die mit der Anpassung an die angeblichen Sachzwänge der kapitalistischen Modernisierung und Internationalisierung aufbrechen. Wenn aber

die soziale Demokratie als europäisches Gestaltungsprinzip eine Zukunft haben soll, dann kann sie nicht in der Konfrontation zwischen sozialistischen Regierungen und Gewerkschaften verwirklicht werden. Die Eurolinke wird daher – auch unter dem Druck von gewerkschaftlichen Kämpfen, die in den meisten europäischen Ländern seit 1988 wieder zugenommen haben – mit der Aufgabe konfrontiert, die Frage nach den wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Alternativen zur kapitalistischen Modernisierungsstrategie – auch auf der europäischen Ebene – ins Zentrum ihrer programmatischen und strategischen Überlegungen zu rücken.⁷⁰

14.

Die Frage nach den Möglichkeiten und Perspektiven der transnationalen Vernetzung solcher Strategien kann freilich nicht allein auf der Ebene der politisch-institutionellen Struktur der EG sowie der Kooperation von politischen und gewerkschaftlichen Organisationen beantwortet werden. Diese kann gewiß durch die Wahrnehmung jener Position der Schwäche bzw. der Ohnmacht gegenüber dem international agierenden Kapital angestoßen werden, in der sich Organisationen der Arbeiterbewegung und andere soziale Bewegungen widerfinden, sobald sie sich in regionalen oder nationalen Wirkungsfeldern einkapseln. Gleichwohl kann dieser neue Internationalismus nur unter der Voraussetzung wirksam werden, daß sich in Europa – neben der wirtschaftlichen und politischen Integration – auch ein Vorgang der sozialen und kulturellen Integration vollzieht, als dessen Resultat regionale und nationale Besonderheiten wenn nicht aufgehoben, so doch abgeschliffen werden, wobei sich Arbeits- und Lebensbedingungen der lohnabhängigen Massen, d. h. dann auch deren Lebensstile und Interessen weitgehend einander angleichen.

Die Geschichte und Struktur dieser grenzüberschreitenden Vergesellschaftungsprozesse ist bislang kaum erforscht – obwohl doch die Vermutung naheliegt, daß »der wachsende Austausch von sozialen Leitbildern und Ideen, von Lebens- und Konsum-

stilen zwischen europäischen Ländern wichtige Anstöße zur europäischen Integration« geben, die u. a. im Abbau von traditionellen, nationalistischen Feindbildern bzw. in einer überwiegend positiven Einstellung zur europäischen Einigung zum Ausdruck kommen.⁷¹ Kaelble hat in einer Pionierstudie solche Langzeitwirkungen analysiert. Dabei gelingt ihm der Nachweis, daß es im 20. Jahrhundert nicht nur – im Vergleich mit Nordamerika, Japan und der Sowjetunion – »Besonderheiten« der europäischen Gesellschaften gibt (hier hebt er u. a. den »Vorsprung des europäischen Wohlfahrtsstaates« und dabei die politische Rolle der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung hervor), sondern daß sich diese Gesellschaften bis in die Gegenwart – in bezug auf die wirtschaftlichen Strukturen, die Beschäftigungssysteme, Bildung, Familienstrukturen und auch die Ausgestaltung des Sozialstaates – immer ähnlicher geworden sind. Lediglich bei der Regulierung der Arbeitskonflikte, den Streiktypen sowie bei den Gewerkschaften stellt er eine markante Resistenz gegen Angleichungstendenzen fest. »Gewerkschaften hängen weit stärker von den Besonderheiten der politischen Kultur einzelner europäischer Länder ab, als die anderen Bereiche der Sozialgeschichte Westeuropas, die wir untersucht haben.«⁷²

Diese Tendenz zur Angleichung der Arbeits- und Lebensbedingungen (der eine Tendenz zur Angleichung der Klassenstrukturen entspricht⁷³) wird nicht durch die EG erzeugt, sondern wesentlich durch einen »Modernisierungsprozeß«, der auf den beiden Hauptelementen – kapitalistische Industrialisierung und staatliche Regulierung – beruht. Kaelble weist nach, daß in den 50er und 60er Jahren ein mächtiger Schub der Angleichung bzw. des »Abhobeln« von Unterschieden erfolgte. In diesen Prozessen setzt sich mithin das »fordistische« Akkumulations- und Regulationsmodell in den Kernländern Westeuropas durch (Taylorisierung der Arbeit, Keynesianismus, Massenproduktion dauerhafter Konsumgüter).⁷⁴ Die Randregionen Westeuropas bleiben dabei zurück und geraten in einen Zustand der peripheren Subalternität, der auch durch die forcierte, nachholende Modernisierung in den 80er Jahren (z. B. in Spanien) nicht auf-

gehoben wird. Mit der Krise des Fordismus seit der Mitte der 70er Jahre verallgemeinern sich jedoch zugleich die Problemlagen und Widerspruchserfahrungen, die durch die wirtschaftlichen Krisenprozesse, den neuen Akkumulationstyp sowie durch die neokonservative/neoliberale Politik erzeugt werden. Die wichtigsten dieser neuen Trends – auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik – sind: 1. die Dezentralisierung und Flexibilisierung der Produktion; 2. die Segmentierung der Arbeitsmärkte mit einem hohen Niveau der strukturellen Arbeitslosigkeit; 3. Privatisierung/Deregulierung; 4. Abbau sozialstaatlicher Leistungen.⁷⁵ Im Projekt »Binnenmarkt '92« werden diese Strategien gleichsam zur EG-Norm hypostasiert.

Die Linke sieht sich in allen entwickelten kapitalistischen Ländern mit der Aufgabe konfrontiert, programmatisch und strategisch Alternativen zur herrschenden Logik der Akkumulation, Produktivkraftentwicklung und Vergesellschaftung zu vertreten und dabei als Teil eines Blockes progressiver politischer, sozialer und kultureller Kräfte zu wirken, die als nächstes Ziel die Überwindung der neokonservativen Hegemonie anstreben. Solche Alternativen beziehen sich

– auf die neue Dimension der Internationalisierung von Risiko- und Widerspruchskomplexen, die insbesondere auf den Gebieten der Abrüstung und Friedenssicherung, der Weltwirtschaftsordnung (von den Beziehungen zu den Ländern der III. Welt bis hin zum europäischen Binnenmarkt) einen neuen Internationalismus erfordern;

– auf eine Neubestimmung des Wachstumsmodells entwickelter Industriegesellschaften, die einerseits auf die stofflichen Risiken der Produktivkraftentwicklung (Naturzerstörung, Umwelt- und Gesundheitsbelastung) mit einem neuen Modus ihrer gesellschaftlichen Kontrolle und Regulierung reagiert, andererseits die Produktivitätspotentiale der wissenschaftlich-technischen Revolution nutzt, um deren soziale Risiken (die aus ihrer kapitalistischen Anwendung resultieren) durch Beschäftigungspolitik, Arbeitszeitverkürzung, Ausbau des Bildungs- und Sozialwesens sowie des gesamten Sektors der kulturellen Reproduktion aufzuheben;

– auf die Herausbildung eines neuen Typs der politischen Kultur, die einerseits die Überwindung patriarchalischer Herrschaftsverhältnisse, andererseits die qualitative Ausweitung der Demokratie im Sinne von individueller und gesellschaftlicher Selbsttätigkeit – vor allem auch außerhalb der Kernbereiche des Produktions- und Arbeitsprozesses – in dezentralisierten Lebenswelten umfaßt.

Die Durchsetzung solcher Alternativen setzt zwar voraus, daß auf der nationalen Ebene die Hegemonie des Neokonservatismus gebrochen wird. Gleichwohl bleibt sie abhängig von den Bedingungen der internationalen Vergesellschaftungsprozesse und der Globalisierungstendenzen, die a priori jedwede Form eines – auch progressiven – nationalen Protektionismus zum Scheitern verurteilen müssen. Das gilt nicht allein für die Fragen der weltpolitischen Friedenssicherung und Abrüstung, neue Formen nichtdiskriminierender Kooperation mit den Ländern der III. Welt sowie für die grenzüberschreitenden, ökologischen Risikolagen, sondern auch für die entscheidenden wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Fragen. Der Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit z. B. ist auf das engste mit der Überwindung der regionalen Ungleichgewichte in der EG (hier insbesondere die agrarischen sowie die alt-industriellen Regionen) verbunden. Maßnahmen gegen die Verseuchung von Wasser, Luft und Boden sowie gegen das Waldsterben verlangen die Verknüpfung nationaler Initiativen mit einer gemeinschaftlichen EG-Politik. Der Schutz der Arbeitnehmerinteressen verlangt eine transnationale Angleichung ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen, ihrer Partizipations- und Kontrollrechte, des sozialpolitischen Schutzes auf einem möglichst hohen Niveau. Die gesellschaftliche Kontrolle der Produktivkraftentwicklung (auf der Ebene der Unternehmensentscheidungen wie des Wissenschaftssystems und der politischen Entscheidungen) – die heute wesentliche Frage für eine qualitative Erweiterung von Demokratie – kann nicht auf die Ebene des Nationalstaates beschränkt bleiben. Und schließlich muß im europäischen Raum gewährleistet sein, daß alle Menschen, die hier arbeiten und leben wollen, die gleichen Rechte der Freiheit, der Partizipa-

tion, des sozialen Schutzes und der kulturellen Entfaltung genießen können.

Wenn die Tendenz zur Annäherung bzw. Angleichung der Arbeits- und Lebensbedingungen in Westeuropa als eine Bedingung für die Angleichung bzw. Vernetzung linker Politik begriffen ist, so darf dabei nicht übersehen werden, daß die Lebensweise in den Gesellschaften Westeuropas heute bereits in hohem Maße durch eine internationalisierte Massenkultur überformt wird. Die Zentren des Massentourismus, die Stränge des Massenverkehrs, die Programme der Massenmedien, ja selbst die Ernährungsgewohnheiten und die Stile der Mode und des Geschmacks bilden Elemente einer weithin entnationalisierten Lebensweise und Vergesellschaftung, die freilich den Verwertungsimperativen der großen – international agierenden – Dienstleistungs-, Freizeit- und Medienkonzerne unterworfen sind und dabei – über die Zerstörung der kulturellen Vielfalt Europas – zugleich als Hebel für die Durchsetzung einer amerikanisierten Massenkultur wirken. Die Linke wird in der Zukunft nur dann erfolgreich handeln können, wenn es ihr gelingt, in dieser Auseinandersetzung um die Beherrschung der »freien Zeit«, die immer weniger unmittelbar durch die Erfahrungen und Zwänge des Arbeitslebens determiniert erscheint, auch auf der europäischen Ebene kulturelle Hegemonie zu erringen.

Anmerkungen

1 Vgl. dazu C. Malandrino, *Fermenti europeisti e federalisti tra guerra mondiale e primo dopoguerra*, in: *Il Politico* (Univ. Pavia, It.), LIII. Jg., 1988, Nr. 3, S. 488 ff., hier S. 487. Vgl. auch I. Deutscher, *Trotzki. Der bewaffnete Prophet 1879–1921*, Stuttgart 1962, S. 229 ff. Dort heißt es u. a.: »Die ›Vereinigten Staaten von Europa‹ brachten (1914/15) prägnant die herrschende Hoffnung sowohl Lenins als auch Trotzki zum Ausdruck, daß am Ende des Krieges ganz Europa in der proletarischen Revolution stehen würde«. Lenin selbst hatte noch im September 1914 geschrieben: »Die nächste politische Losung der europäischen Sozialdemokratie muß die Gründung der republikanischen Vereinigten Staaten von Europa sein«. Er fügte hinzu: »Diese Losung (ist) durch und durch verlogen und sinnlos, wenn die deutsche, die österreichische und die russische Monarchie nicht auf revolutionärem Wege beseitigt werden«. W. I. Lenin, *Der Krieg und die russische Sozialdemokratie*, in: *ders., Ausgewählte Werke*, 3 Bde., hier Band 1, Berlin 1964, S. 743 ff., hier S. 750.

2 W. I. Lenin: *Über die Losung der Vereinigten Staaten von Europa*, in: *ebd.*, Band 1, S. 758 ff., hier S. 758.

3 Zu den Europakonzeptionen des deutschen Imperialismus vgl. das nach wie vor wichtige Quellenbuch von R. Opitz, *Europastrategien des deutschen Kapitals 1900–1945*, Köln 1977; D. Behrens: *Kontinuitäten deutscher Europapolitik?*, in: *Prokla*, 19. Jg. 1989, Nr. 2, Heft 75, S. 10.

4 Vgl. als Überblick, F. Deppe, *Proletarischer Internationalismus und nationaler Klassenkampf*, in: ders. (Hrsg.), *Arbeiterbewegung und westeuropäische Integration*, Köln 1976, S. 317 ff., hier S. 319 ff.

5 Zu den Anfängen dieser Politik vgl. jetzt D. Gerns, *Nationalitätenpolitik der Bolschewiki*, Düsseldorf: Edition Marxistische Blätter, 1988.

6 Vgl. dazu u. a. A. Rubbi (Italien), *Der »neue Internationalismus« – ein Drama mit glücklichem Ausgang?*, in: *Probleme des Friedens und des Sozialismus (Prag)*, 4/1989, S. 525 ff.; Adam Schaff, *El Nacionalismo contra el Internacionismo*, in: *El Pais*, 4. 8. 1989, S. 10.

7 Vgl. u. a. E. Morin, *Europa denken*, Frankfurt/M. – New York, 1988, S. 140.

8 Vgl. u. a. W. Lippens (Hrsg.), *Europa-Föderationspläne der Widerstandsbewegungen 1940–1945*, München 1968; ebenfalls H. J. Axt/F. Deppe, *Der Marshall-Plan und die Anfangsphase der westeuropäischen Integration*, in: N. Haberl/N. Niethammer (Hrsg.), *Der Marshall-Plan und die europäische Linke*, Frankfurt/Main 1986, S. 464 ff.

9 Dieser Thematik sind die zwischen Mitte bis Ende der 70er Jahre erschienenen Marburger Arbeiten zur westeuropäischen Integration gewidmet, vgl. u. a. F. Deppe (Hrsg.), *Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG). Zur politischen Ökonomie der westeuropäischen Integration*, Reinbek bei Hamburg 1975.

10 Vgl. dazu u. a. D. Albers u. a., *Klassenkämpfe in Westeuropa*, Reinbek bei Hamburg 1971.

11 Vgl. F. Deppe, *Proletarischer Internationalismus . . .*, a. a. O., S. 361 ff.

12 Besonders prägnant wird diese Perspektive in den Analysen französischer Kommunisten formuliert: J. Denis, J. Kanapa, *Pour ou contre l'Europe*, Paris 1969; D. Debatisse u. a., *Europe. La France en jeu*, Paris, 1979; P. Herzog, *Europe 92: construire autrement et autre chose*, Paris 1989.

13 Vgl. u. a. E. Piehl, *Multinationale Konzerne und internationale Gewerkschaftsbewegung*, Frankfurt/Main 1974; W. Olle (Hrsg.), *Einführung in die internationale Gewerkschaftspolitik*, 2 Bde., Berlin 1978.

14 K. P. Tudyka, T. Ety, *Multinationale Konzerne und Interessenvertretung der Lohnabhängigen. Ein Forschungsbericht*, Nijmegen 1977, S. 219 und S. 229.

15 Vgl. u. a. E. Hildebrandt u. a., *National unterschiedliche Produktionsbedingungen als Schranke der gewerkschaftlichen Internationalisierung – zur Kritik des syndikalistischen Internationalismus*, in: *Prokla*, Heft 24, 6. Jg., 1976, Nr. 3, S. 27 ff.; J. Esser, *Woran scheidet der gewerkschaftliche Internationalismus?*, in: O. Jacobi u. a. (Hrsg.): *Kritisches Gewerkschaftsjahrbuch 1981/82*, Berlin 1981, S. 7 ff.

16 O. Jacobi, *Gewerkschaften, industrielle Beziehungen und europäische Einigung*, in: *Die Mitbestimmung*, 11/1988, S. 609.

17 Vgl. u. a.: E. Altvater, *Sachzwang Weltmarkt*, Hamburg 1987, bes. Teil 3, S. 195 ff.

18 Vgl. H. Heiniger, L. Maier, *Internationaler Kapitalismus*, Berlin 1987; B. Roth, *Internationalisierung des SMK: Eine neue Tendenz in der Entwicklung der kapitalistischen Weltwirtschaft?*, in: *Marxistische Studien, Jahrbuch des IMSF*, 11, II/1986, S. 199 ff.

19 Vgl. dazu u. a.: W. L. Bühl, *Das Ende der amerikanisch-sowjetischen Hegemonie?* München 1986; P. Kennedy, *The Rise and the Fall of the Great Powers*, New York 1987; P. Glotz, *Die Nachkriegsordnung geht ihrem Ende zu*, in: *Frankfurter Rundschau*, 2. 8. 1989, S. 9; O. E. Czempel, *Ein neues Konzept der Weltführung – zur Rolle der USA und der Sowjetunion in den 90er Jahren*, in: *Gewerkschaftliche Monatshefte*, 8/1989, S. 462 ff.

20 Vgl. u. a. K. P. Weiner (Hrsg.), *Weltpolitik im Umbruch*, Marburg/L. 1989.

21 Vgl. P. Kennedy, *The Rise and the Fall of the Great Powers*, a. a. O.

22 U. Beck, Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt/Main 1986, S. 62/63.

23 Vgl. u. a.: M. Gorbatschow, Perestroika, München 1987, bes. S. 169 ff.; D. Klein, Chancen für einen friedensfähigen Kapitalismus, Berlin 1988; J. Krassin, Das neue Denken: Der internationale und der innere Aspekt, in: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF, 15, 1989, S. 55 ff.

24 H. Henzler, Chef McKinsey Deutschland, Der Große Sprung, in: Manager-Magazin, 8/1989, S. 135 ff., hier S. 137.

25 P. Cecchini, Europa '92, Baden-Baden 1988, S. 42.

26 Ebd., S. 118.

27 R. Debray, Die Weltmächte gegen Europa. Plädoyer für ein neues europäisches Selbstbewußtsein, Reinbek bei Hamburg, 1986, S. 187/8.

28 P. Glotz, Manifest für eine neue europäische Linke, Berlin 1985, S. 19 ff.

29 R. Debray, Die Weltmächte gegen Europa, a. a. O., S. 46.

30 Ebd., S. 189.

31 E. Morin, Europa denken, a. a. O., S. 162.

32 M. Gorbatschow, Perestroika, a. a. O., S. 247.

33 Vgl. M. Franken, W. Ohler, 1992 – Chancen für die Natur?, in: Dies., (Hrsg.), Natürlich Europa, Köln 1989, S. 11 ff.

34 Vgl. dazu E. Altwater, Sachzwang Weltmarkt, a. a. O., S. 56 ff.

35 Vgl. F. Deppe, Aktuelle Probleme der Klassenkampftheorie von Marx, in: Marx-Engels-Stiftung (Hrsg.), Karl Marx und die Gegenwart, Düsseldorf: Edition Marxistische Blätter 1989, S. 36 ff., bes. S. 46/47.

36 Zur »Linken« werden hier zugerechnet »politische Parteien, Verbände und soziale Bewegungen, die – in der Kritik der herrschenden gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse – vor allem die Ziele einer fundamentalen Demokratisierung der Gesellschaft, der sozialen Gleichheit und Gerechtigkeit (einschließlich der Gleichheit der Geschlechter), des ökologischen Umbaus, einer konsequenten Friedensordnung durch Abrüstung, einer neuen Weltwirtschaftsordnung (in den Beziehungen zwischen Metropolen und III. Welt) verfolgen und dabei ideologisch alle Formen des Rassismus, Chauvinismus, Militarismus und des geistigen Mystizismus bekämpfen«. F. Deppe, in: Europa 1992: Chance oder Risiko?, Bonn 1989, S. 20/21.

37 Vgl. dazu: Die europäische Gemeinschaft heute. Thesen des Instituts für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen (Moskau), in: IMSF, EG-Binnenmarkt und westeuropäische Arbeiterbewegung, Frankfurt/Main 1989, S. 70 ff., hier S. 95; zu den Thesen des gleichen Instituts (1957 und 1962) vgl. F. Deppe, Proletarischer Internationalismus . . . , a. a. O., S. 350 ff.

38 Zit. nach F. Schlupp, »Europa« als Hegemonialprojekt, in: spw 46/1989, S. 127 ff.; zur ökonomischen Vormachtstellung der BRD vgl. auch A. Lipietz, Europa als letztes Angebot für einen weltweiten Wirtschaftsaufschwung?, in: Das Argument, 173/1989, S. 49 ff.; P. Herzog, Europe '92, a. a. O.; J. Grahl, P. Ilague, The Cost of Neo-Liberal Europe, in: New Left Review, Nr. 174, March/APril 1989, S. 33 ff.

39 P. Bartelheimer, F. O. Wolf, EG-Binnenmarkt oder »Gemeinsames Haus Europa«, in: spw, 46/1989, S. 104 ff., hier S. 109.

40 Vgl. dazu u. a. die Diskussionsbeiträge in Europa 1992: Chance oder Risiko?, a. a. O.; Für die Gewerkschaftsbewegung vgl. F. Steinkühler (Hrsg.), Europa '92, Hamburg 1989, bes. S. 171 ff.; G. Siebert (Hrsg.), Europa '92. EG-Binnenmarkt und Gewerkschaften, Frankfurt/Main 1989.

41 P. Camiller, Beyond 1992: The Left and Europe, in: New Left Review, Nr. 175, May/June 1989, S. 5 ff., hier S. 10.

42 R. Debray, Die Weltmächte gegen Europa, a. a. O., S. 46.

43 Ebd., S. 189.

- 44 E. Morin, Europa denken, a. a. O., S. 184.
- 45 Ebd., S. 162.
- 46 Vgl. ebd., S. 209.
- 47 Ebd., S. 216.
- 48 P. Glotz, Manifest . . . , a. a. O., S. 21.
- 49 R. Debray, Die Weltmächte gegen Europa, a. a. O., S. 185.
- 50 Vgl. dazu A. Statz, Deutsch-französische Militärkooperation. Eine Achse der Westeuropäisierung?, in: Prokla, 19. Jg., Heft 75 (1989, Nr. 2), S. 47 ff.
- 51 Vgl. R. Debray, Die Weltmächte gegen Europa, a. a. O., S. 187.
- 52 E. Morin, Europa denken, a. a. O., S. 195/6.
- 53 Ebd., S. 121.
- 54 Ebd., S. 109.
- 55 Ebd., S. 124.
- 56 Ebd., S. 128.
- 57 Ebd., S. 192.
- 58 Ebd., S. 121.
- 59 Vgl. dazu u. a.: T. Metscher, Nietzsche und die postmoderne Vernunftzerstörung, in: Marx-Engels-Stiftung (Hrsg.), Bruder Nietzsche? Düsseldorf: Edition Marxistische Blätter 1988, S. 137 ff.
- 60 »Unsere ganze Soziologie kennt gar keinen Instinkt als den der Herde, d. h. der summierten Nullen – wo jede Null »gleiche Rechte« hat, wo es tugendhaft ist, Null zu sein«. F. Nietzsche, Der Wille zur Macht, Stuttgart 1980, S. 41.
- 61 Exemplarisch für das Selbstverständnis dieses Typs von Intellektuellen: J. Semprun, Yves Montand. Das Leben geht weiter, Frankfurt/Main 1984.
- 62 Vgl. dazu Prokla 75, a. a. O., Editorial, S. 9.
- 63 J. Habermas, Der philosophische Diskurs der Moderne, Frankfurt/Main 1985, S. 424/425; vgl. auch die Bemerkungen von J. Habermas zur »postnationalen Identität« in: Die neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, 4/1989, S. 370 ff.
- 64 Vgl. dazu u. a. A. Rubbi, Der »neue Internationalismus« – ein Drama mit glücklichem Ausgang?, a. a. O.
- 65 A. Occhetto, 18. Parteitag des PCI, in: The Italian Communists (Roma), Nr. 1/1989, S. 27/28.
- 66 P. Glotz, Manifest . . . , a. a. O., S. 25.
- 67 Die grenzüberschreitende Interaktion politischer Parteien ist bislang – trotz der Anstöße, die von den Direktwahlen zum europäischen Parlament und durch die Gründung von europäischen Parteiformationen ausgingen – »über mehr oder minder intensive Kooperationsbeziehungen ohne nennenswerte Souveränitätsübertragung von der einzelparteilich-nationalen auf die europäisch-supranationale Ebene nicht« hinausgegangen. O. Niedermayer, Europäische Parteien? Frankfurt/Main-NewYork 1983, S. 205; vgl. auch: Zusammenarbeit der Parteien in Westeuropa. Auf dem Weg zu einer neuen politischen Infrastruktur?, Bonn 1976.
- 68 P. Glotz, Manifest . . . , a. a. O., S. 68 ff.
- 69 Zum spanischen Generalstreik vom 14. Dezember 1988 vgl. Mientras Tanto, Carta de la Redacion: La Huelga General, la clase obrera a la politica, Diciembre 1988; S. Aguilar, J. Roca, 14-D: Economia politica de una huelga, Barcelona 1989. Auch in Frankreich hat sich 1988 die Zahl der Streiktage gegenüber dem Vorjahr mehr als verdoppelt.
- 70 Vgl. dazu u. a.: IMSF (Hrsg.), Wirtschaftspolitische Alternativstrategien in Westeuropa. Positionen der kommunistischen Parteien des kapitalistischen Europas, Frankfurt/Main 1989.
- 71 H. Kaelble, Auf dem Weg zu einer europäischen Gesellschaft. Eine Sozialgeschichte Westeuropas 1890–1980, München 1987, S. 9 und S. 155/6.
- 72 Ebd., S. 139.

73 Vgl. dazu – mit sehr allgemeinen Indikatoren, die sich auf die Marxsche Klassentheorie beziehen, T. Hagelstange, *Die Entwicklung der Klassenstrukturen in der EG und in Nordamerika*, Frankfurt/Main-New York 1988.

74 Zur Fordismus-Analyse vgl. J. Hirsch, R. Roth, *Das neue Gesicht des Kapitalismus*, Hamburg 1986; B. Mahnkopf (Hrsg.), *Der gewendete Kapitalismus. Kritische Beiträge zur Theorie der Regulation*, Münster 1988; K. Dörre, *Die Gewerkschaften im »Risikokapitalismus«*, in: F. Deppe u. a. (Hrsg.), *Gewerkschaften im Umbuch*, Köln 1989, S. 16 ff., bes. S. 23 ff.

75 Vgl. P. Camiller, *Beyond 1992 . . .*, a. a. O., S. 7.

Die Autoren

Heinz-Jürgen Axt, geb. 1946. Privatdozent, Leiter eines Forschungsprojekts über Europäische Politische Zusammenarbeit und Griechenland.

Volker Böge, geb. 1952. Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Forschungszentrum Kriege, Rüstung und Entwicklung an der Universität Hamburg.

Frank Deppe, geb. 1941. Professor für Politikwissenschaften an der Universität Marburg.

Annette Eimermacher, geb. 1963. Z. Zt. Volontärin bei den VDI-Nachrichten.

Rainer Falk, geb. 1952. Dipl.-Soziologe, Publizist. Herausgeber des »Informationsbriefes WELTWIRTSCHAFT & ENTWICKLUNG«.

Jörg Goldberg, geb. 1943. Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Marxistische Studien und Forschungen in Frankfurt am Main.

Jörg Huffschild, geb. 1940. Professor für Politische Ökonomie an der Universität Bremen.

Christian Hey, geb. 1961. Diplom-Verwaltungswissenschaftler, z. Zt. Mitarbeit und Aufbau eines Europäischen Instituts für regionale Studien.

Uwe Meinhardt, geb. 1958. Wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in Bonn.

Albert Statz, geb. 1946. Mitglied des Berliner Abgeordneten-
hauses für die Alternative Liste.

Jörg Stremmel, geb. 1960. Wissenschaftlicher Angestellter am
Aachener Centrum für Europäische Studien.

Klaus-Peter Weiner, geb. 1957. Wissenschaftlicher Angestellter
am Institut für Politikwissenschaft in Marburg.